

Analyse der Lage in Afghanistan nach dem 15. August 2021

Dr. Alema

Working Paper Nr. 2

**Transformation und Schutz: Zukunftsmodelle für Afghanistan
und Schutzkonzepte für gefährdete Afghan:innen**

September 2025

Inhalt

1. Politische Lage	4
2. Humanitäre Lage	16
3. Abbau von Rechtsstaatlichkeit	19
4. Rechtslage afghanischer Frauen und Mädchen nach der Machtübernahme der Taliban.....	23
5. Sicherheitslage in Afghanistan	37

Das Urheberrecht liegt bei der Autorin.

Working-Papers des Forschungsprojekts *Transformation und Schutz: Zukunftsmodelle für Afghanistan und Schutzkonzepte für gefährdete Afghan:innen* dienen der Verbreitung von Forschungsergebnissen aus laufenden Arbeiten im Vorfeld einer späteren Publikation. Sie sollen den Ideenaustausch und die akademische Debatte befördern. Die Zugänglichmachung von Forschungsergebnissen in einem Working -Paper ist nicht gleichzusetzen mit deren endgültiger Veröffentlichung und steht der Publikation an anderem Ort und in anderer Form ausdrücklich nicht entgegen.

Bitte zitieren als:

Alema (2025): Analyse der Lage in Afghanistan nach dem 15. August 2021 des Forschungsprojekts *Transformation und Schutz: Zukunftsmodelle für Afghanistan und Schutzkonzepte für gefährdete Afghan:innen*. Frankfurt University of Applied Sciences.

Kontakt: Forschungsprojekt *Transformation und Schutz*

Prof. Dr. Marei Pelzer & Dr. Alema

Email: marei.pelzer@fra-uas.de, alema.alema@fra-uas.de

Frankfurt University of Applied Sciences

Fachbereich 4 – Soziale Arbeit und Gesundheit

Nibelungenplatz 1, 60318 Frankfurt am Main

Gefördert durch:

**stiftung
PRO ASYL**

Analyse der Lage in Afghanistan nach dem 15. August 2021

Die vorliegende Untersuchung befasst sich mit der aktuellen Lage in Afghanistan. Seit der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan kann die Lage im Land nur als katastrophal und für viele Menschen als lebensbedrohlich bezeichnet werden.

Nicht nur das politische System Afghanistans ist zusammengebrochen und die Sicherheitskräfte des Landes sind kollabiert, sondern es wurden auch das Verwaltungssystem, das Justizsystem, das Bildungssystem und alle Errungenschaften der Regierung der letzten 20 Jahre zerstört und beseitigt. Die absolute Mehrheit der zivilen und militärischen Offiziere und Berufskader des Landes wurde von ihren Pflichten und ihrer aktiven Präsenz in der Gesellschaft entbunden, viele mussten fliehen. Tausende Militäroffiziere, Soldaten und Sicherheitskräfte wurden verhaftet, gefoltert und ermordet. Vielen gelang die Flucht in die Nachbarländer. Aus den Nachbarländern Pakistan, Iran sowie der Türkei werden täglich Tausende Menschen nach Afghanistan abgeschoben. Die Abschiebungen sind mit Haft und Folter verbunden. Familien werden getrennt, gefoltert und ermordet¹. Unter Berufung auf die Religion und die Scharia entzog das Taliban-Regime den Bürgern alle bürgerlichen und sozialen Freiheiten. Insbesondere die Rechte von Frauen und Mädchen wurden immer weiter eingeschränkt.

Kurz nach der Machtübernahme der Taliban, Mitte September 2021, wurde das Frauenministerium durch das Ministerium für „Gebet und Orientierung sowie zur Förderung der Tugend und zur Verhinderung von Lastern“ ersetzt. Gleichzeitig wurde die Staatsanwaltschaft zur Bekämpfung von frauenspezifischer Gewalt geschlossen. Damit haben die Frauen in dem Land jegliche politische Vertretung ihrer Anliegen und staatlichen Schutz vor Gewalt verloren.

¹ BBC News - بررسی «کشتار و شکنجه» نیروهای امنیتی پیشین افغانستان از سوی طالبان در نشست کمیته روابط خارجی مجلس آمریکا
فارسی: <https://www.bbc.com/persian/articles/cxemvkpgmp0o> 01.02.2024

Die De-facto-Regierung der Taliban verfolgt Oppositionelle und missachtet die Menschenrechte besonders von Frauen und Mädchen sowie religiöser und ethnischer Minderheiten. Viele leben ohne Perspektive auf unabsehbare Zeit in Verstecken, oft auch mit Kindern. Andere, die es geschafft haben, nach Pakistan oder in den Iran zu fliehen, sind dort von Schikanen, willkürlichen Inhaftierungen und Abschiebungen bedroht.

1. Politische Lage

Vier Jahre nach der Machtübernahme durch die Taliban im August 2021 befindet sich Afghanistan weiterhin in einer Krise.

Die Wirtschaft ist instabil und kann selbst die grundlegenden Bedürfnisse der wachsenden Bevölkerung nicht erfüllen. Schätzungsweise 23,7 Millionen Afghanen brauchen humanitäre Hilfe², was diese Region in eine der schlimmsten humanitären Lage weltweit gestürzt hat. Gleichzeitig leben in der Region schätzungsweise 9 Millionen vertriebene Afghaninnen und Afghanen, was global eine der größten Vertreibungssituationen darstellt.³ Diese Krise hat sich durch die Rückkehr vieler Menschen aus Pakistan und dem Iran noch verschärft. Inzwischen wurden 2 Millionen Menschen abgeschoben, bis Ende des Jahres rechnet man mit insgesamt über 4,8 Millionen Menschen.⁴ Diese Rückkehrer verschärfen die humanitäre Lage und den Schutzbedarf und machen deutlich, dass dringend nachhaltige Strategien zur Wiedereingliederung gebraucht werden, um wiederkehrende Zyklen von Vertreibung, Gewalt und Armut zu brechen. Angesichts der zu erwarteten Ankunft von Hunderttausenden Rückkehrern in diesem Jahr und einer deutlichen Verringerung der internationalen Unterstützung werden die oft kaum mehr existierenden afghanischen

² The situation in Afghanistan and its implications for international peace and security Report of the Secretary-General https://unama.unmissions.org/sites/default/files/sg_report_on_afghanistan_march_2024.pdf, S. 11

³ <https://www.unrefugees.org/emergencies/afghanistan/>

Daniel Huber: Das sind die 10 schlimmsten humanitären Krisen der Gegenwart [Das sind die 10 schlimmsten humanitären Krisen der Gegenwart](#)

EU to provide €161 million in humanitarian aid for Afghanistan in 17.06.2025: [EU to provide €161 million in humanitarian aid for Afghanistan in 2025 - European Commission](#)

⁴ Shora Azarnoush: [Iran: Massenabschiebungen von Afghanen wie in Pakistan? – DW – 13.11.2023](#) [Iran: Massenabschiebungen von Afghanen wie in Pakistan? – DW – 13.11.2023](#)

Strukturen vor enorme Herausforderungen gestellt sein, die den Druck auf die ohnehin schon prekären Lebensumstände weiter erhöhen werden.⁵

Die Menschenrechtskrise eskaliert ebenfalls mit weit verbreiteter Unterdrückung der Bevölkerung und einem zunehmend repressiven Klima sowie einer brutalen Einschränkung der Medien und der zivilgesellschaftlichen Organisationen. Die restriktive Politik der Taliban – einschließlich der Durchsetzung des „Gesetzes zur Förderung der Tugend und Verhinderung des Lasters“ (Propagation of Virtue and Prevention of Vice in Afghanistan PVPV)⁶ und des Verbots der Ausbildung von Mädchen und der medizinischen Ausbildung⁷ – schränkt den Handlungsspielraum der noch vor Ort tätigen internationalen Organisationen weiter ein. Gleichzeitig gehen die Finanzmittel der Geber stetig zurück, sodass die Partner gezwungen sind, wichtige Dienste einzustellen, wodurch Millionen Menschen in Gefahr geraten.⁸

De facto festigen die Taliban ihre Macht und setzen ihre Herrschaft durch Unterdrückung und institutionalisierte Angst und Schrecken durch. Die verschärfte Unterdrückung, die Ausweitung der Diskriminierung von Frauen und Mädchen, der schwindende Handlungsspielraum für die Zivilgesellschaft, die Verletzung ethnischer und religiöser Rechte sowie die alarmierende Zunahme von körperlicher Züchtigung und anderen Formen der Gewalt sind ernstzunehmende Warnsignale für eine Herrschaft ohne interne Legitimität.⁹

⁵ Massenrückführungen bringen Afghanistan an den Rand des Zusammenbruchs: [Massenrückführungen bringen Afghanistan an den Rand des Zusammenbruchs | UNHCR Deutschland](#) 21.05.2025

⁶ قانون امر بالمعروف و نهی عن المنکر نافذ و در جریده رسمی نشر شد: [قانون امر بالمعروف و نهی عن المنکر نافذ و در جریده رسمی نشر شد](#) - RTA - Radio Television of Afghanistan 22.08.2024

⁷ Situation of women and girls in Afghanistan, 15.06.2023: [A/HRC/53/21: Situation of women and girls in Afghanistan - Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights in Afghanistan and the Working Group on discrimination against women and girls | OHCHR](#)

فارسی BBC News - فرمان طالبان به طور سیستماتیک زنان را محدود کرده است ۲۰

Zu wenig Flüchtlingsanerkennung trotz Gender-Apartheid in Afghanistan, 10.08.2023: [Zu wenig Flüchtlingsanerkennung trotz Gender-Apartheid in Afghanistan | PRO ASYL](#)

Afghanistan: Ausschluss von Frauen von medizinischen Instituten bedroht Zukunft der Gesundheitsversorgung, 06.12.2024 [Afghanistan: Ausschluss von Frauen von medizinischen Instituten bedroht Zukunft der Gesundheitsversorgung | Ärzte ohne Grenzen](#)

⁸ Susanne Petersohn, ARD Neu-Delhi, 29.04.2025: Wenn die Krise zur Katastrophe wird, <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/afghanistan-trump-usaid-not-100.html>

⁹ Der Standard: Laut Uno über 200 außergerichtliche Tötungen unter Taliban-Herrschaft, 22.08.2023 <https://www.derstandard.de/story/3000000183812/laut-uno-ueber-200-aussergerichtliche-toetungen-unter-taliban-herrschaft>

Auf außenpolitischer Ebene ist eine Veränderung zu verzeichnen. In Anbetracht der signifikanten Veränderungen in der geopolitischen Landschaft modifizieren einige wesentliche Akteure der internationalen Gemeinschaft sukzessive ihre Haltung und ihren Ansatz und akzeptieren die De-facto-Herrschaft der Taliban, wie kürzlich durch die Anerkennung der Taliban-De-facto-Regierung seitens Russlands dokumentiert wurde. Auf konsularischer Ebene schreitet die ‚technische‘ Zusammenarbeit weiter voran: die De-facto-Regierung der Taliban hat inzwischen Vertretungen in einer Reihe von Ländern etabliert. In Ländern wie den Niederlanden, Spanien, Norwegen, der Türkei, China, Iran und Pakistan sind die afghanischen Vertretungen an die Taliban gebunden. Die deutsche Regierung verwendet kontinuierlich den Terminus "technische Beziehungen", um die Durchführung von Abschiebeflügen auf einfachere Weise zu koordinieren.¹⁰

In der Bundesrepublik Deutschland schließt dies auch die Debatte über Migration ein, und es umfasst damit auch die zuvor erfolgte Deportation afghanischer Geflüchteter. Bundesinnenminister Alexander Dobrindt benachrichtigt direkte Gespräche mit den islamistischen Taliban in Afghanistan zur führen, um die Abschiebung von sogenannten Straftätern zu erleichtern. Er führt aus, dass er anstrebe, Vereinbarungen mit Afghanistan direkt zu treffen, um die Möglichkeit von Rückführungen zu schaffen. Gemäß der Berichterstattung von FOCUS Online beabsichtigt Dobrindt, mit der Taliban-Regierung Vereinbarungen zu treffen.¹¹

Am 14.07.25 wurde seitens der afghanischen Botschaft in Doha öffentlich bekanntgegeben, dass sich der amtierende Botschafter der Taliban-De-facto-Regierung, Suhail Shaheen, mit Rolf Dieter Reinhard, dem Geschäftsträger der deutschen Botschaft, getroffen hatte.¹² Dies kann als Indikator dafür interpretiert werden, dass die Bundesrepublik Deutschland bereit ist, Abschiebungen nach Afghanistan um jeden Preis vorzunehmen. Eine solche Kooperation wurde inzwischen etabliert und die deutsche

¹⁰ Peter Hornung, ARD Neu-Delhi, Gibt es schon direkte Gespräche mit den Taliban? 16.07.2025
<https://www.tagesschau.de/ausland/asien/taliban-afghanistan-diplomatische-beziehungen-100.htm>

¹¹ Dobrindt will mit Taliban-Regierung Vereinbarungen treffen, 03.07.2025:
https://www.focus.de/politik/dobrindt-will-mit-taliban-regierung-vereinbarungen-treffen_54163115-b697-44cc-9ef3-a360e19bfab2.html

¹² Peter Hornung, ARD Neu-Delhi, "Gespräche über die bilateralen Beziehungen", 16.07.2025: [Gibt es schon direkte Gespräche mit den Taliban in Afghanistan? | tagesschau.de:](https://www.tagesschau.de/ausland/asien/taliban-afghanistan-diplomatische-beziehungen-100.htm)

Regierung erteilte für zwei Taliban-Diplomaten Visa für die afghanische Botschaft in Berlin und das afghanische Konsulat in Bonn. Dabei handelt es sich um Sayed Mustafa Hashemi und Nibras-ul-Haq Aziz.¹³

Wie die taz berichtet, „befinden sich Dutzende Afghanen in mehreren Bundesländern in Abschiebehaft, zum Teil seit über einem halben Jahr. Offenbar bereiten die Behörden einen Abschiebeflug vor, den die Bundesregierung seit Monaten fieberhaft plant. Der Sächsische Flüchtlingsrat ging am Donnerstag mit der Befürchtung an die Öffentlichkeit, der Flug könnte noch in der nächsten Woche stattfinden. Dann läuft in dem Bundesland die Abschiebehaft für drei dort inhaftierte Afghanen aus.“¹⁴

Es scheint sich eine radikale Kehrtwende in der Haltung der USA gegenüber Afghanistan abzuzeichnen, die sich nun ausschließlich auf die Befreiung der verbleibenden US-Geiseln konzentriert. Fast alle US-Hilfen werden gestrichen, da man keinen Mehrwert in einem Engagement mit den Taliban oder in der Unterstützung humanitärer Bemühungen sieht. Gemäß der offiziellen Aussage des Büros des US-Sondergeneralinspektors (Sigar) wird das gegenwärtige Regime der Taliban nach unabhängigen Einschätzungen des UN-Sicherheitsrates als "nicht interaktiv und ineffizient" beschrieben. Gemäß dem Bericht von Sigar vom 30. Juni 2025 fokussieren sich die Vereinigten Staaten von Amerika in Afghanistan ausschließlich auf die Reduzierung terroristischer Bedrohungen sowie die Rückführung inhaftierter US-Bürger.¹⁵

Dies widerspricht früheren Äußerungen Präsident Trumps, wonach u.U. Überlegungen anzustellen wären, selbst die ehemalige Luftwaffenbasis Bagram wieder in Beschlag zu nehmen.¹⁶

¹³ Christian Schneider, Straftäter raus, Taliban rein – Deutschlands heikler Afghanistan-Tausch, 25. Juli 2025: <https://www.derstandard.at/story/3000000280731/straftaeter-raus-taliban-rein-deutschlands-heikler-afghanistan-tausch>

¹⁴ Gorgos, Thomas Ruttig und Sönke: Erneut Abschiebungen nach Afghanistan, 13.07.2025, [Migrationspolitik von Schwarz-Rot: Erneut Abschiebungen nach Afghanistan | taz.de](https://www.migrationspolitik.de/2025/07/13/erneut-abschiebungen-nach-afghanistan/)

¹⁵ Special Inspector General for SIGAR Afghanistan Reconst, 30.07.2025 <https://www.sigar.mil/Portals/147/Files/Reports/Quarterly-Reports/2025-07-30qr.pdf>

¹⁶ The Indian Express, Rishika Singh: As Trump invokes Bagram, story of the strategic air base in Afghanistan <https://indianexpress.com/article/explained/explained-global/as-trump-invokes-bagram-story-of-the-strategic-air-base-in-afghanistan-9979647/>

Derweil hat Pakistan die diplomatischen Beziehungen offiziell auf Botschaferebene angehoben¹⁷, und Russland hat einen von den Taliban nominierten Botschafter in Moskau akzeptiert¹⁸, während Taliban-Delegationen kürzlich Russland, Iran und Usbekistan besucht haben. Mitte Mai fand das erste Ministertreffen seit 2021 zwischen dem indischen Außenminister Jaishankar und seinem Taliban-Amtskollegen statt. Die Krise zwischen Indien und Pakistan, der trilaterale Dialog zwischen China, Afghanistan und Pakistan¹⁹ und der Krieg zwischen Israel und Iran stellen neue Elemente in diesem regionalen Kontext dar, die womöglich eine ‚Normalisierung‘ eher beschleunigen.

Am 03.07.2025 erfolgte seitens der Russischen Föderation als erstem Staat die offizielle Anerkennung der Herrschaft der Taliban.²⁰ Außerdem hisste der neue Botschafter in Moskau die Flagge der Taliban.²¹ Die vorliegende Anerkennung wird bilateral initiiert. In Anbetracht der signifikanten Rolle und Position Russlands im Sicherheitsrat und der globalen Ordnung lässt sich die Hypothese aufstellen, dass die Anerkennung der Taliban-Regierung durch Russland den Auftakt eines Prozesses markiert, in dessen Folge andere Länder das Islamische Emirat ebenfalls bilateral anerkennen könnten. Es ist daher zu prognostizieren, dass andere Länder der Region, insbesondere solche, die enge Beziehungen zur Taliban-Regierung unterhalten, nach russischem Vorbild vorgehen und die Anerkennung bilateral statt über multilateraler Mechanismen umsetzen werden.

Es wird davon ausgegangen, dass die zentralasiatischen Länder diesem Beispiel folgen werden, sowohl aufgrund ihrer geopolitischen Unterordnung unter Russland als auch aufgrund ihrer engen Beziehungen zur Taliban-Regierung. Unter den zentralasiatischen

¹⁷ ISLAMABAD (AP), Pakistan announces it will send an ambassador to Afghanistan to upgrade diplomatic ties, 30.05.2025 <https://apnews.com/article/pakistan-sending-ambassador-afghanistan-afghan-taliban-f232ebb219524d80b530c0ad70b5df31>

¹⁸ Tagesspiegel, Nach mehr als 20 Jahren: Russland streicht Taliban von Terrorliste, 17.04.2025 <https://www.tagesspiegel.de/internationales/nach-mehr-als-20-jahren-russland-streicht-taliban-von-terrorliste-13559464.html>

¹⁹ Beijing 22.05.2025: Chinese, Afghan, Pakistani FM's hold informal meeting in Beijing https://english.www.gov.cn/news/202505/22/content_WS682e8d81c6d0868f4e8f2bbb.html

²⁰ Kersten Knipp, DW 04.07.2025: Russland hat als erstes Land weltweit die Taliban-Regierung in Afghanistan offiziell anerkannt. Dieser Schritt wertet die radikale Gruppe auf der internationalen Bühne auf und setzt den Westen unter Zugzwang <https://www.dw.com/de/russland-erkennt-als-erstes-land-die-taliban-regierung-in-afghanistan-an/a-73156984>

²¹ PRAVDA, 04.07.2025, Die von den Taliban eingeführte Flagge Afghanistans wurde zum ersten Mal über der Botschaft in Moskau gehisst: <https://deutsch.news-pravda.com/russia/2025/07/04/417554.html>

Ländern sind Usbekistan und Kasachstan als Vorreiter zu identifizieren. Die Republik Kasachstan hat, ebenso wie die Russische Föderation, die Taliban von der Liste der terroristischen Gruppierungen gestrichen. Dies kann als eine der Voraussetzungen für eine Anerkennung betrachtet werden.²²

Die EU und ihre Mitgliedstaaten bestätigen derweil, dass es keine Pläne gibt, das Engagement gegenüber den Taliban über die derzeitige Praxis auf der Grundlage der bestehenden Ratsschlussfolgerungen hinaus auszuweiten. Vorrang sollte weiterhin der Bereitstellung humanitärer Hilfe eingeräumt werden²³, wobei substantielle Zugeständnisse an die De-facto-Behörden ohne echte Fortschritte vor Ort – insbesondere in Bezug auf inklusive Regierungsführung und Menschenrechte – auszuschließen seien.

Angesichts der Tendenz zur „Bilateralisierung“ der Beziehungen zu Afghanistan (insbesondere durch die Vereinigten Staaten, China, Russland, Indien und die Nachbarländer) legt die EU den Schwerpunkt weiter auf den von der UNAMA geführten Doha-Prozess, für den im September konkretere Vorschläge für „nächste Schritte“ im sogenannten Mosaik-Plan erwartet werden.

Der von der UNAMA geleitete multilaterale Prozess in Doha bringt Vertreter*innen aus 25 Nationen mit den Taliban zusammen, darunter traditionelle Geber wie die EU-Mitgliedstaaten, Japan, Australien und Kanada. Dieser Prozess ist für den Sommer dieses Jahres geplant, allerdings voraussichtlich ohne die USA.

Das US-Repräsentantenhaus hat ein neues Gesetz verabschiedet, das verhindern soll, dass amerikanische Steuergelder der von den Taliban geführten Regierung in Afghanistan zugutekommen.²⁴

²² Afghanistan International Farsi, Jamshid Yama Amiri, 13.04.1404 (04.07.2025): Warum hat Russland die Führung bei der Anerkennung der Taliban-Regierung übernommen? <https://www.afintl.com/202507040401>

²³ European Commission, 17.06.2025: EU to provide €161 million in humanitarian aid for Afghanistan in 2025 https://civil-protection-humanitarian-aid.ec.europa.eu/news-stories/news/eu-provide-eu161-million-humanitarian-aid-afghanistan-2025-2025-06-17_en

²⁴ Sarah Talbi, 25.06.2025: Is America Accidentally Funding Its Enemies? Millions Have Ended Up in the Taliban's Hands <https://www.argunners.com/u-s-sending-millions-afghanistan-taliban-cashing/>

Das von dem republikanischen Abgeordneten Tim Burchett eingebrachte Gesetz "Keine Steuergelder für Terroristen" wurde von beiden Parteien unterstützt und ohne Einwände verabschiedet.

Der Doha-Prozess stellt bislang den einzigen multilateralen Prozess dar, der das kollektive Engagement dieser internationalen Partner gegenüber den Taliban in eine bestimmte Richtung lenkt. Die Reintegration Afghanistans in die internationale Gemeinschaft ist ein langfristiges Ziel, das jedoch unter der Maßgabe steht, dass Afghanistan seinen internationalen Verpflichtungen nachkommt. Dies wurde in der Resolution 2721 (2023) des Sicherheitsrats bekräftigt. Im März 2023 hat der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in einer Resolution eine unabhängige Evaluierung der Hauptprobleme in Afghanistan gefordert. Es wurden zukunftsweisende Empfehlungen verlangt, und die Bewertung sollte bis zum 17. November 2023 abgeschlossen sein.

„Der Sicherheitsrat ersucht den Generalsekretär, in Absprache mit den Mitgliedern des Sicherheitsrats, den zuständigen afghanischen politischen Akteuren und Interessenträgern, einschließlich der zuständigen Behörden, der afghanischen Frauen und der Zivilgesellschaft, sowie mit der Region und der breiteren internationalen Gemeinschaft zeitnah eine Sondergesandte oder einen Sondergesandten für Afghanistan zu ernennen und ihr oder ihm robustes Fachwissen in den Bereichen Menschenrechte und Geschlechtergleichstellung bereitzustellen, um die Umsetzung der Empfehlungen aus der unabhängigen Bewertung zu fördern, unbeschadet des Mandats der UNAMA und der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs und ihrer unverzichtbaren Tätigkeit in Afghanistan.“²⁵

Im April 2023 ernannte UN-Generalsekretär António Guterres Feridun Sinirlioğlu zum Sonderkoordinator für Evaluierung in Afghanistan.²⁶ Die von den Taliban-De-facto

²⁵ United Nations Security Council, 29.12.2023: Resolution 2721 Adopted by the Security Council at its 9521st meeting: <http://unscr.com/en/resolutions/doc/2721>

²⁶ United Nation 25.04.2023: Secretary-General Appoints Feridun Sinirlioğlu of Türkiye Special Coordinator, Independent Assessment Mandated by Security Council Resolution 2679
<https://press.un.org/en/2023/sga2194.doc.htm>

etablierte Regierung verweigerte ihm jedoch die Anerkennung.²⁷ Seine Lösungsvorschläge wurden nicht umgesetzt, insbesondere die Etablierung eines permanenten VN-Sondergesandten (und damit die Festschreibung der Internationalisierung des Konflikts).

Wie bereits erwähnt, findet dieses von UNAMA geleitete Doha-Format nicht mehr allein auf diplomatischer Ebene statt, sondern sieht sich den Trends der immer stärkeren Bilateralisierung konfrontiert, neben immer wieder neuen Versuchen, eher regional begrenzte Formate ins Leben zu rufen. Um die prinzipiell strittigen politischen Grundsatzfragen zu vermeiden, schlug UNAMA zunächst vor, technische Arbeitsgruppen einzurichten, um die konkreten Kooperationsmöglichkeiten in den Feldern von Counter-Narcotics und der Entwicklung des Privatsektors auszuloten.²⁸

Parallel dazu sollte dann schrittweise eine Roadmap etabliert werden, die in einem Zug-um-Zug Verfahren die angestrebten und notwendigen Veränderungen definiert – im Gegenzug zu einer schrittweisen Integration und letztlich Anerkennung der De-facto-Behörden.²⁹

Diese Roadmap ist bisher jedoch nur Theorie geblieben. Die jüngste Version wurde im Frühjahr 2025 vorgestellt (der sogenannte „Mosaik-Plan“) Kernpunkte dabei sind:

- Einhaltung von Afghanistan internationalen Verpflichtungen/Menschenrechte, einschließlich der Rechte der Frauen
- Ausarbeitung einer gemeinsamen Definition der inklusiven Regierungsführung und Gewährleistung einer repräsentativen Beteiligung der afghanischen Gesellschaft
- Sicherheit und Terrorismusbekämpfung

²⁷ V.O.A. Dari 19.12. 2023: Muttaqi lehnt Ernennung eines UN-Sondergesandten für afghanische Friedensgespräche ab. <https://www.darivoo.com/a/uk-deplomat-met-taliban-fm/7403741.html>
BBC-Farsi, 19.12.2023: Taliban lehnen Schaffung einer UN-Friedensmission ab; UN lehnt erneut Taliban-Vertreter für Afghanistan-Sitz ab. <https://www.bbc.com/persian/articles/cg3x63n3577o>

²⁸ Afghanistan International English, 28.11.2024: UN Establishes First Doha Process Working Group <https://www.afintl.com/en/202411281855>

²⁹ Review of Afghanistan Development, 07.05.2025: Ein Blick auf den UN-Mosaikplan für Afghanistan [نگاهی به طرح موزاییک سازمان ملل برای افغانستان](#)

- Wirtschaftliche Entwicklung mit dem Ziel eines schrittweisen Ansatzes zur Wiederherstellung der Bankbeziehungen, um die Wirtschaftstätigkeit und den Austausch mit dem Privatsektor zu erleichtern
- Gewährung einer diplomatischen Vertretung als ein Endresultat, sobald Afghanistan wieder vollständig in die internationale Gemeinschaft integriert ist³⁰

Auf der anderen Seite stehen die Interessen der Taliban an

- der Aufhebung der verbleibenden Sanktionen, sowohl auf UN-Ebene als auch auf nationaler Ebene,
- der Freigabe von Finanzmitteln,
- der Wiederaufnahme der traditionellen Entwicklungszusammenarbeit und natürlich
- der vollen Anerkennung der De-facto-Regierung.³¹

Die von UNAMA organisierten verschiedenen Gesprächsrunden werden vornehmlich in zweierlei Hinsicht kritisiert: Zum einen werden keine anderen Repräsentanten Afghanistans zugelassen als die der Taliban und zivilgesellschaftliche Organisationen finden praktisch kein Gehör. Zum andern bleibt es außerordentlich fraglich, inwieweit Konzessionen auf der Geberseite irgendeine Änderung der Politik auf Seiten der De-facto Behörden nach sich zieht. Ablehnung und Zurückweisung beinahe aller substanziellen Forderungen der Geber lässt bisher auf einen sehr einseitigen Prozess schließen.

Der noch amtierende ständige Vertreter Afghanistans bei den Vereinten Nationen in New York erklärte, dass die Pläne eine Normalisierung ohne Konsultation, Anwesenheit und Zustimmung der legitimen Vertreter des Volkes, einschließlich der demokratischen Kräfte und der Frauen, inakzeptabel seien.³²

Auch Frauenprotestbewegungen reagierten auf den Plan mit großer Entschlossenheit. Es wird argumentiert, dass die Vereinten Nationen im Geheimen mit den Mitgliedsstaaten

³⁰ 8 Hasht-E Subh, 01.06.2025: The UN's "Mosaic Plan": Will the Taliban Regime Gain Recognition? <https://8am.media/eng/the-uns-mosaic-plan-will-the-taliban-regime-gain-recognition/>

³¹ Aman Mirzaei, Nimrokhmedia, 12.05.2025: „Mosaikplan“ oder Normalisierung der Beziehungen zu den Taliban? <https://nimrokhmedia.com/mosaic-plan-or-normalization-of-relations-with-the-taliban/>

³² Afghanpaper.com, 13.05.2025: Der politische Plan der UNO oder hinter den Kulissen der Lobbyarbeit <https://www.afghanpaper.com/nbody.php?id=177239>

des Doha-Prozesses und den Taliban über die Zukunft des afghanischen Volkes diskutieren, ohne dass andere Parteien und eine Vertretung von Frauen anwesend sind.³³

Am Rande des „Antalya-Prozesses“ kritisierten die Teilnehmer:innen den von den Vereinten Nationen ausgearbeiteten „Afghanistan-Mosaikplan“ heftig.

Nasir Ahmad Andisha, der afghanische Repräsentant in Genf, erklärte, in diesem Plan würden die Taliban als „Hauptakteur“ und das afghanische Volk, Menschenrechtsverteidiger, Frauen und die Zivilgesellschaft als „weitere Interessenvertreter“ bezeichnet.

Er fügte hinzu: „Einige UN-Vertreter sind der Ansicht, dass viele der afghanischen Exilkräfte nicht wichtig genug sind, um in Diskussionen über Afghanistan einbezogen zu werden.“³⁴

Es existieren zwei divergierende Auswertungen des Mosaikplans. Die eine geht von der Prämisse aus, dass dieser auf Sinirlioğlus Bewertung Afghanistans basiert, während die andere die Auffassung vertritt, dass dies nicht der Fall sei. Exemplarisch sei an dieser Stelle Stephen Smith angeführt, der als Sprecher von UNAMA in Afghanistan fungiert, und der sich zum Mosaikplan geäußert hat. Diese resultiert aus einer umfassenden Konsultation mit sämtlichen Interessengruppen. Die Konsultationen wurden nach der Publikation von Sinirlioğlus unabhängiger Evaluation Afghanistans initiiert.

Der Plan fußt auf Sinirlioğlus Bewertung, in der ein "Afghanistan in Frieden mit sich selbst und seinen Nachbarn, das vollständig in die internationale Gemeinschaft zurückgekehrt ist und seinen internationalen Verpflichtungen nachkommt, ohne einen weiteren Zyklus

³³ Aman Mirzaei, Nimrokhmedia, 12.05.2025: „Mosaikplan“ oder Normalisierung der Beziehungen zu den Taliban? <https://nimrokhmedia.com/mosaic-plan-or-normalization-of-relations-with-the-taliban/>

³⁴ Informationen des Tages, 27.05.202: Kritik am UN-Plan beim Treffen des Antalya-Prozesses: „Verharmlost die Opposition und macht Zugeständnisse an die Taliban“ <https://www.etilaatroz.com/231620/criticism-of-the-un-plan-at-the-antalya-process-meeting/>

der Gewalt zu durchlaufen" als ultimatives Ziel ins Auge gefasst wird. Diese Information wurde durch den UNAMA-Sprecher Amu TV mitgeteilt³⁵.

Die Bewertung wurde dem UN-Sicherheitsrat am 9. November 2023 vorgelegt. Auch der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat sich in der Resolution 2721 positiv zu dieser Einschätzung geäußert.

Gemäß der zweiten Auswertung, die von einer westlichen diplomatischen Quelle mit dem Mosaikplan vorgenommen wurde, ergibt sich eine Diskrepanz zwischen dem UN-Plan und dem unabhängigen Bericht von Sinirlioğlu. Ein hochrangiger westlicher Diplomat äußerte gegenüber Amu TV die Ansicht, dass die UNAMA einen neuen Plan initiiert habe, der die vorherigen Prozesse ignoriert.³⁶

Die vorliegende Analyse fokussiert sich auf die Taliban als Hauptakteure und beleuchtet, inwiefern ihre Interessen berücksichtigt werden. Der Diplomat, der wegen der Sensibilität des Themas nicht genannt werden wollte, fügte hinzu, dass der Plan nicht der nächste Schritt in einem Prozess sei, der auf dem Sinirlioğlu -Bericht und der Resolution 2721 des UN-Sicherheitsrats basiert³⁷.

In seinem Artikel gelangt Arif Dostiar³⁸ zu dem Schluss, dass es vier Optionen gibt, damit die "Nicht-Taliban"-Akteure – darunter zivilgesellschaftliche Organisationen, politische Kräfte, Oppositionsgruppen, Frauen und Jugendliche sowie unabhängige Persönlichkeiten – konstruktiv mit dem Mosaikplan umgehen können.

Im Folgenden werden vier Optionen präsentiert, die als optimistisch zu bewerten sind und daher in die Betrachtung miteinbezogen werden sollten.

³⁵ Sir Sirat, Amu TV, 11.05.2025: UNAMA: Engagement mit den Taliban bedeutet nicht deren Anerkennung <https://amu.tv/fa/171757/>

³⁶ Sir Sirat, Amu TV, 11.05.2025: UNAMA: Engagement mit den Taliban bedeutet nicht deren Anerkennung <https://amu.tv/fa/171757/>

³⁷ Sir Sirat, Amu TV, 11.05.2025: UNAMA: Engagement mit den Taliban bedeutet nicht deren Anerkennung <https://amu.tv/fa/171757/>

³⁸ Aref Dostiar ist leitender Berater am Institut für Internationale Friedensstudien der University of Notre Dame. Er war unter der vorherigen afghanischen Regierung Generalkonsul in Los Angeles. <https://kroc.nd.edu/faculty-and-staff/aref-dostiar/>

1) Gezielter Protest

Der Widerstand gegen den Plan kann verschiedene Formen annehmen. Damit der Protest wirksam ist, muss er mit konkreten und umsetzbaren Forderungen einhergehen. Nur dann können internationale Protestinitiativen – einschließlich der Mosaik-Initiative – echten Einfluss auf Entscheidungsprozesse nehmen.

2) Für eine Reform der Initiative eintreten

Die politischen und sozialen Bewegungen des Landes können ihre Forderungen bei Schlüsselländern wie den G7- und UN-Vertretern einbringen. Für effektive Lobbyarbeit sind drei Punkte wichtig: klare und spezifische Forderungen, breite Unterstützung und Vereinbarkeit mit den Interessen einflussreicher Länder und den Prioritäten der UN.

3) Strategische Nutzung einer engen Öffnung

Der Mosaik-Plan kann als enge Öffnung für Präsenz und Forderungen dienen, sofern diese Präsenz zielgerichtet und kalkuliert ist. Die "Öffnung" bezeichnet hier kein Ziel, sondern einen Raum, der genutzt werden kann, um in Dialog zu treten und den Prozess zu beeinflussen. Es ist möglich, strukturelle und makroökonomische Veränderungen zu fordern, aber auch, diese Möglichkeiten zu nutzen. Die Kombination aus Druck für grundlegende Forderungen und der Nutzung eines engen Einflussspielraums ist eine Methode in politischen Verhandlungen.

4) Vorlage eines Alternativplans

Es besteht die Möglichkeit, eine realistische Alternative zu entwerfen, die umsetzbar und international präsentierbar ist. Dies erfordert jedoch eine koordinierte und fokussierte Umsetzung³⁹.

Für den Herbst 2025 bleibt abzuwarten⁴⁰, ob es UNAMA gelingt die „Puzzlesteine“ ihres Mosaiks in einen stringenten Fahrplan zu überführen, der insbesondere die Fragen der

³⁹ Aref Dostiar, 26.04.2025: Vier Alternativen zum „Mosaik“-Plan der UN für Afghanistan

<https://www.etilaatroz.com/228698/four-alternatives-to-the-uns-mosaic-plan-for-afghanistan/>

⁴⁰ Ariana New, Vertreter Katars und UN-Gesandter besprechen viertes Doha-Treffen zu Afghanistan, 03.05.2025:

<https://www.ariananews.af/qatari-officials-and-un-envoy-discuss-4th-doha-meeting-on-afghanistan/>

Inklusivität des Prozesses (= Beteiligung der afghanischen Zivilgesellschaft in Afghanistan und im Exil) sowie der grundlegenden Menschenrechte und damit verknüpften internationalen Verpflichtungen zufriedenstellend beantwortet.

Politisch wird Vieles dabei davon abhängen, ob die „Bilateralisierung“ der Beziehungen weiter voranschreitet und damit Fakten geschaffen werden, die auf Multilateraler Ebene dann nur noch „zu akzeptieren“ sind. Die Relevanz des Doha-Prozesses steht auf diese Weise immer mehr selbst zur Diskussion.

Um relevant zu bleiben, müsste der Mosaik-Plan der Vereinten Nationen sich dafür viel mehr auf Inhalte als auf den bloßen Prozess konzentrieren. Angesichts der allgemeinen Kürzungen der Auslandshilfe (durch die die EU plötzlich zum „größten“ Geber geworden ist)⁴¹ wird es Aufgabe der EU-Mitgliedstaaten und -Institutionen sein, die verbleibenden „multilateralen“ Stränge stärker als in der Vergangenheit in diese Richtung zu lenken.

2. Humanitäre Lage

Die humanitäre Krise in Afghanistan spitzt sich seit der Machtübernahme der Taliban kontinuierlich zu.

Schätzungsweise benötigen aktuell 22,9 Millionen Menschen humanitäre Hilfe. Das entspricht der Hälfte der Bevölkerung. Unter den Betroffenen befinden sich 12 Millionen Kinder (Stand: Januar 2025).⁴² Dies entspricht in etwa der Anzahl der Kinder, die in der Bundesrepublik Deutschland leben. Es ist evident, dass eine signifikante Anzahl an Kindern von schwerer Unterernährung und lebensbedrohlichen Krankheiten betroffen ist.⁴³ Für Frauen und die ländliche Bevölkerung ist diese Existenzunsicherheit noch alarmierender. Die Ausgrenzung von Frauen aus dem Bereich der Wirtschaft trägt

⁴¹ European Commission, 17.06.2025: EU to provide €161 million in humanitarian aid for Afghanistan in 2025 https://civil-protection-humanitarian-aid.ec.europa.eu/news-stories/news/eu-provide-eu161-million-humanitarian-aid-afghanistan-2025-2025-06-17_en

⁴² Unicef, Humanitäre Krise in Afghanistan: Ein Albtraum für Kinder <https://www.unicef.de/informieren/projekte/asien-4300/afghanistan-19424/krise-in-afghanistan/246828>

⁴³ BMZ, 05.02.2025 Nach der Machtübernahme durch die Taliban im August 2021 stürzte Afghanistan in eine dramatische sozio-ökonomische Krise. Die Corona-Pandemie und anhaltende Dürren verstärken einen beispiellos schnellen Kollaps der afghanischen Wirtschaft. In Afghanistan besteht eine der größten humanitären Notlagen weltweit: <https://www.bmz.de/de/laender/afghanistan>

ebenfalls zu einer prekären Situation bei. Die Situation ist vor allem auf den Zusammenbruch der Wirtschaft nach der Machtübernahme der Taliban im Jahr 2021 zurückzuführen. Dazu kommen Überschwemmungen und Erdbeben. Von Überschwemmungen im April 2024 waren 32 der 34 Provinzen betroffen. Mehr als 250 Menschen starben. Fast 1.000 Häuser und mehr als 60.000 Hektar Ackerland wurden zerstört. Zudem wurden Infrastruktureinrichtungen wie Straßen, Brücken und Stromleitungen beschädigt, was die Bereitstellung humanitärer Hilfe erschwerte.⁴⁴

Seit der Machtübernahme der Taliban im August 2021 sind die Gelder der afghanischen Zentralbank eingefroren und unzugänglich, während internationale Sanktionen und Restriktionen den Zufluss ausländischer Gelder einschränken.

Doch auch dort ist ihre Sicherheit nicht gewährleistet. UNHCR stellt fest: „Seit September 2023 sind über drei Millionen Afghan:innen aus den Nachbarländern zurückgekehrt. Allein im laufenden Jahr wird die Zahl der Rückkehrenden auf 780.000 geschätzt – darunter 351.600 Menschen, die abgeschoben wurden. Sie kehren in ein Land zurück, das auf ihre Ankunft kaum vorbereitet ist: Laut einem Bericht des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP) leben drei Viertel der Bevölkerung am Existenzminimum, und die Vereinten Nationen gehen davon aus, dass die Hälfte der Bevölkerung humanitäre Hilfe benötigt“ (UNHCR Deutschland, 21. 05.2025).

Durch die Kürzungen der US-Hilfsprojekte für Afghanistan, die bis Januar 2025 mehr als 40 Prozent der humanitären Hilfe betrugen, wurden Programme zur Ernährungssicherheit eingestellt. Das hat vor allem Frauen und Mädchen getroffen. Das Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) berichtet, dass bis Juli mehr als 400 Gesundheitseinrichtungen schließen mussten.⁴⁵

Die ökonomische Situation Afghanistans unter der Herrschaft der Taliban stellt eine signifikante Herausforderung dar, die sich insbesondere auf die allgemeine Bevölkerung

⁴⁴ IRC, Mai 2024, Krise in Afghanistan: Was du wissen musst <https://www.rescue.org/de/artikel/krise-afghanistan-was-du-wissen-musst>

⁴⁵ Human Rights Watch, 05.08.2025: Afghanistan: Unerbittliche Unterdrückung nach vier Jahren Taliban-Herrschaft Zwangsrückführungen von Millionen von Menschen verschärfen die Krise <https://www.hrw.org/de/news/2025/08/05/afghanistan-unerbittliche-unterdrueckung-nach-vier-jahren-taliban-herrschaft>

auswirkt. Azarakhsh Hafizi, ein Experte für afghanische Wirtschaftsfragen, meint, dass Massenarbeitslosigkeit, ein zusammenbrechender Immobilienmarkt und steigende Armutsraten seiner Meinung nach nur einige der vielen greifbaren Anzeichen eines „wirtschaftlichen Zusammenbruchs“ sind.⁴⁶

Gleichzeitig hätten die sinkende Kaufkraft der Bevölkerung und die damit verbundene Zunahme der Armut, der Rückgang der Importe und die Zunahme der Exporte zu einem Rückgang der Inflationsrate in Afghanistan geführt. Er betonte jedoch, dass die Taliban bestenfalls eine „künstliche Wirtschaft“ geerbt hätten, die von ausländischer Hilfe und der militärischen Präsenz der NATO in Afghanistan abhängig sei.

„Gemäß den Angaben des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen sind 69 Prozent der afghanischen Bevölkerung arbeitslos oder unterbeschäftigt, 90 Prozent der Frauen haben ihren Arbeitsplatz verloren und 40 Prozent der Arbeitsplätze sind informell, also ohne Verträge oder Versicherungen. Die Armutsrate im Land liegt bei über 97 Prozent. Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) veröffentlichte am 30. April dieses Jahres einen Bericht mit dem Titel 'Afghanistan Socio-Economic Survey', in dem dargelegt wird, dass im Jahr 2024 nur noch 7 Prozent der Frauen außer Haus tätig waren. Die Organisation schätzt, dass die aktuellen Einschränkungen für Frauen und Mädchen der afghanischen Wirtschaft zwischen 2024 und 2026 einen Ertrag von annähernd 920 Millionen Dollar generieren könnten.“⁴⁷

Gemäß der jüngsten Pressemitteilung von Human Rights Watch vom 5. August 2025 befindet sich Afghanistan derzeit in einer der schwerwiegendsten humanitären Krisen weltweit: „Afghanistan steht derzeit vor einer der schlimmsten humanitären Krisen weltweit, die durch die Kürzung der Hilfgelder durch Geberländer und die erzwungene Rückkehr von 1,9 Millionen afghanischen Geflüchteten aus dem Iran und Pakistan noch verschärft wird. Die Taliban verbieten Mädchen weiterhin den Schulbesuch über die

⁴⁶ BBC News, 17.08.2023: Konnte die Taliban-Regierung in den letzten zwei Jahren für Sicherheit sorgen und die Wirtschaft verbessern? <https://www.bbc.com/persian/articles/crg7g0q7rpyo>

⁴⁷ Amin Kawa, 8 Hasht-E Subh, 05.05.2025: Taliban-Herrschaft und der Schatten der Armut; etwa 70 Prozent der Afghanen sind arbeitslos <https://8am.media/fa/taliban-rule-and-the-shadow-of-poverty-about-70-percent-of-afghans-are-unemployed/>

sechste Klasse hinaus und Frauen den Zugang zu Universitäten. Frauen sind außerdem starken Einschränkungen in Bezug auf Beschäftigung, Bewegungsfreiheit und Zugang zu öffentlichen Räumen und Dienstleistungen ausgesetzt. Diese Menschenrechtsverletzungen schränken auch ihren Zugang zu humanitärer Hilfe und medizinischer Versorgung ein.“⁴⁸

Gegen Ende des Monats Juli des Jahres 2025 wurde seitens der de-facto-Regierung der Taliban die Bekanntgabe getätigt, dass für 3.100 Arbeiter aus Afghanistan eine Beschäftigung zur Verfügung gestellt wird. In der initialen Projektphase ist die Rekrutierung von 700 Arbeitskräften in verschiedenen Sektoren wie dem Gastgewerbe, der Lebensmittelindustrie und dem Ingenieurwesen vorgesehen. Für diese 700 Plätze haben sich inzwischen bis Anfang August 2025 mehr als 10.000 Menschen beworben.⁴⁹ Die vorliegende Situation ist besorgniserregend.

3. Abbau von Rechtsstaatlichkeit

Schwere Menschenrechtsverletzungen durch die Taliban wie extralegale Tötungen, Folter, öffentliche Bestrafungen, willkürliche Verhaftungen, Unterdrückung von Medien, Journalisten und Menschenrechtsaktivisten sind an der Tagesordnung. Nicht nur, dass in den letzten Jahren alle international anerkannten Menschenrechte und Grundfreiheiten systematisch untergraben wurden. Die Taliban-Führung hat auch deutlich gemacht, dass sie kein Interesse daran hat, ihre Sittenpolizei für ihre willkürliche Gewalt zur Rechenschaft zu ziehen.

Es ist zu beobachten, dass Soldaten und Polizisten der früheren Regierung in besonderem Maße verfolgt werden. Die Vereinten Nationen berichten zudem von systematischen Verschleppungen, Folter, willkürlicher Haft und Drohungen. „Die UNAMA hat mindestens 800 Menschenrechtsverletzungen gegen ehemalige Regierungsbeamte und Mitglieder

⁴⁸ Human Rights Watch, 05.08.2025: Afghanistan: Unerbittliche Unterdrückung nach vier Jahren Taliban-Herrschaft Zwangsrückführungen von Millionen von Menschen verschärfen die Krise
<https://www.hrw.org/de/news/2025/08/05/afghanistan-unerbittliche-unterdrueckung-nach-vier-jahren-taliban-herrschaft>

⁴⁹ Afghanistan International TV, 31.07.2025: 3.100 Arbeitsplätze für Millionen Arbeitslose
<https://www.youtube.com/watch?v=HcE3o22ZX8k>

der ANDSF zwischen der Machtübernahme durch die Taliban am 15. August 2021 und dem 30. Juni 2023 dokumentiert. Dieser Bericht konzentriert sich auf außergerichtliche Tötungen, Verschleppungen, willkürliche Festnahmen und Inhaftierungen, Folter und Misshandlung sowie Drohungen, denen ehemalige Regierungsbeamte und Mitglieder der ANDSF ausgesetzt waren⁵⁰

Nach Angaben des UN-Sicherheitsrates von Anfang des Jahres wird die Zahl der inhaftierten Polizisten bis Januar 2024 auf über 19.000 ansteigen.⁵¹ Das Gefängnis Pul-e-Charkhi in Kabul hat eine Kapazität von 4.500 Häftlingen.⁵² Finanzielle Engpässe und die Einstellung der Geberfinanzierung beeinträchtigen weiterhin die Fähigkeit der De-facto-Behörden, internationale Standards zu erfüllen. Dies gilt auch für die systematische Versorgung mit angemessener Nahrung und Hygieneartikeln.

Berichten zufolge wurden seit der Machtübernahme durch die militanten Taliban mehrere ehemalige Regierungsanhänger, Polizisten oder Soldaten getötet. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass es bisher keinen internationalen Mechanismus zur Sammlung von Beweisen für schwere Menschenrechtsverletzungen in Afghanistan gibt. Die Zahlen sind mutmaßlich deutlich daher höher als angegeben. Es herrscht ein Klima von Einschüchterung, Gewalt und Angst. Presse- und Meinungsfreiheit funktionieren nicht wie frühere. Die Regierung der Taliban setzt die Restrukturierung des staatlichen Bildungssystems in ein Madrasa-System fort. Das Madrasa-System bezeichnet eine Gesamtheit von islamischen Bildungseinrichtungen, die seit dem 10. Jahrhundert existieren und in denen traditionell Wissen über den Islam, einschließlich des Korans, vermittelt wird.⁵³

„Unmittelbar nach der Rückeroberung der Kontrolle durch die Taliban erfolgte die Priorisierung der Einrichtung religiöser Schulen. In zahlreichen Provinzen initiieren und

⁵⁰ UNAMA, 15 August 2021 – 30 June 2023: A barrier to securing peace: Human rights violations against former government officials and former armed force members in Afghanistan
https://unama.unmissions.org/sites/default/files/a_barrier_to_securing_peace_aug_2023_english_0.pdf S.7

⁵¹ United Nation General Assembly Security Council, Report of the Secretary-General 28.02.2024: The situation in Afghanistan and its implications for international peace and security
https://unama.unmissions.org/sites/default/files/sg_report_on_afghanistan_march_2024.pdf

⁵² BBC.com/persian/afghanistan, 09.12.2020: Afghanisches Parlament: Todesurteile gegen 523 Gefangene im Pul-e-Charkhi-Gefängnis verhängt <https://www.bbc.com/persian/afghanistan-55244537>

⁵³ Wikipedia die Freie Enzyklopädie: Madrasa – Wikipedia <https://de.wikipedia.org/wiki/Madrasa>

fördern Taliban-Beamte aktiv die Errichtung und Expansion von Madrassas unter Verwendung von Regierungsmitteln.“⁵⁴ In Afghanistan existieren gegenwärtig mehr als 21.000 Madrasses.⁵⁵ Die Zielsetzung der Taliban besteht in der Transformation des staatlichen Bildungssystems in ein Madrassa-System.

„Maulvi Karamatullah Akhundzada, stellvertretender Minister für islamische Bildung im Taliban-Bildungsministerium, bezeichnete die Erfolge der Taliban-De-facto-Regierung mit der 'Reform' der Schulbücher bis zur sechsten Klasse. Er bezog sich dabei auf die von den Taliban vorgenommenen Änderungen am Lehrplan. Im Zuge dieser Änderungen wurden die Unterrichtsfächer Menschenrechte und Staatsbürgerkunde aus den Schulbüchern entfernt und es erfolgte die Aufnahme religiöser Fächer in das Schulsystem.“⁵⁶

In den Fachministerien wird eine sukzessive Substitution der ausgebildeten Verwaltungsfachkräfte durch religiös geschulte Geistliche, die der Taliban-Bewegung angehören, angestrebt.⁵⁷ Gemäß der von den Taliban auferlegten Direktive ist für Schüler afghanischer Herkunft eine Schuluniform obligatorisch. Diese setzt sich aus einer langen Hose, einem Hemd sowie ein Turban zusammen.

Seit Beginn des Schuljahres im März 2025 ist es für männliche Schüler in Afghanistan obligatorisch, diese Uniformen zu tragen. Diese Maßnahme wurde von den Taliban angeordnet, um die Zugehörigkeit zur Taliban-Bewegung zu symbolisieren.⁵⁸

Im afghanischen Mediensektor ist eine Zensur festzustellen. Der Mediensektor in Afghanistan, der bereits unter Einschüchterung, Zensur und Selbstzensur leidet, sieht

⁵⁴ Ilhamuddin Afghan, Afghan Diaspora Network, 08.11.2023: The Proliferation of Madrassas in Afghanistan: A Concerning Trend <https://afghandiaspora.org/2023/11/08/the-proliferation-of-madrassas-in-afghanistan-a-concerning-trend/>

⁵⁵ www.dw.com/fa-af/Taliban: Mehr als 21.000 religiöse Schulen sind in Afghanistan aktiv Das Bildungsministerium der Taliban gab bekannt, dass die Zahl der religiösen Schulen in ganz Afghanistan auf mehr als 21.000 gestiegen ist. طالبان: بیش از ۲۱ هزار مدرسه دینی در افغانستان فعال اند

⁵⁶ Siehe FN 55

⁵⁷ <https://8am.media/fa/afghanistan-and-the-school-building-tsunami/>

⁵⁸ <https://www.france24.com/en/live-news/20250430-tunics-turbans-afghan-students-don-taliban-imposed-uniforms>

sich durch das „Tugend“-Gesetz⁵⁹ mit einer zusätzlichen Herausforderung konfrontiert. Diese resultiert aus der Ungewissheit über die Reichweite des Verbots von Bildern und Musik und beeinträchtigt letztlich den öffentlichen Informationsraum und die Meinungsfreiheit.⁶⁰

Gemäß den Bestimmungen des "Tugend-Gesetzes" unterliegen die Medien der Pflicht, sich an rigorose Inhaltsvorschriften zu halten. Hierzu zählt ein Verbot der Publikation von Abbildungen von Individuen sowie die vage Direktive, auf die Veröffentlichung islamkritischer Inhalte zu verzichten. Journalist*innen berichten von einem zunehmenden Phänomen der Selbstzensur, dessen Motivation in der Sorge um mögliche Vergeltungsmaßnahmen durch die Behörden liegt.⁶¹

In ihrem Bericht vom August 2023 weist die UNAMA darauf hin, dass 218 Fälle extralegalen Hinrichtungen dokumentiert sind.⁶² Weitere Dokumentationen der UNAMA über außergerichtliche Hinrichtungen und willkürliche Verhaftungen von ehemaligen Regierungsbeamten und Angehörigen der afghanischen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte finden sich in der Sitzung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 28.02.2024 zur Lage in Afghanistan.⁶³

⁵⁹ <https://rta.af/fa/article4817/#:~:text=نهي عن المنكر وسمع شكايات می باش>

⁶⁰ <https://www.spiegel.de/ausland/afghanistan-taliban-verbieten-darstellung-von-lebewesen-durch-medien-a-b79097ef-b3fb-443e-b677-982bc040abc6>

⁶¹ Human Rights Watch, 05.08.2025: Afghanistan: Unerbittliche Unterdrückung nach vier Jahren Taliban-Herrschaft Zwangsrückführungen von Millionen von Menschen verschärfen die Krise <https://www.hrw.org/de/news/2025/08/05/afghanistan-unerbittliche-unterdrueckung-nach-vier-jahren-taliban-herrschaft>

⁶² Der Standard: Laut Uno über 200 außergerichtliche Tötungen unter Taliban-Herrschaft, 22.08.2023 <https://www.derstandard.de/story/3000000183812/laut-uno-ueber-200-aussergerichtliche-toetungen-unter-taliban-herrschaft>

⁶³ United Nations General Assembly Security Council 28.02.2024: The situation in Afghanistan and its implications for international peace and security S.7 <https://digitallibrary.un.org/record/4039269?v=pdf> https://unama.unmissions.org/sites/default/files/sg_report_on_afghanistan_march_2024.pdf

4. Rechtslage afghanischer Frauen und Mädchen nach der Machtübernahme der Taliban

Während der Herrschaft der Islamischen Republik Afghanistan wurden im Bereich der Frauenrechte sukzessive Fortschritte erzielt. Hierzu zählte die Verabschiedung einer modernen Verfassung, welche im 2. Kapitel alle Aspekte des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte beinhaltete. In Artikel 22 der afghanischen Verfassung von 2004⁶⁴ heißt es, dass "die Bürger Afghanistans - Männer und Frauen - vor dem Gesetz gleiche Rechte und Pflichten haben". Zudem wurden Staatsanwaltschaften und Spezialgerichte zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen eingerichtet. Das Engagement der Islamischen Republik Afghanistan für internationale Verträge und den rechtlichen Rahmen ebnete den Weg für eine grundlegende Unterstützung der Frauenrechte. Mit der Umsetzung der Verfassung wurden staatliche, juristische und menschenrechtliche Institutionen wie etwa die "Afghanistan Independent Human Rights Commission (AIHRC)" gegründet. Es entstand eine Zivilgesellschaft, die hinter dieser Verfassung und den damit einhergehenden Freiheitsrechten stand, vor allem in den Großstädten. In ländlichen Regionen hingegen erlebte man eine graduelle Implementierung, die durch archaische Strukturen limitiert war. Die Reformen hinterließen nachhaltige Spuren, wenngleich deren Effekte als begrenzt zu betrachten sind. Mit der Machtübernahme der Taliban am 15. August 2021 wurde der rechtliche Status der Frauen komplett eingeschränkt.

Bereits in den Jahren 1996–2001 waren Frauen in Afghanistan von den Taliban massiv unterdrückt worden. Seit August 2021 entrechten die Taliban sie nun erneut in allen erdenklichen Lebensbereichen – und gehen dabei - entgegen ihrer vorherigen Versprechungen - ähnlich brutal wie in ihrer letzten Schreckensherrschaft vor. Die schrittweisen Fortschritte bei der Stärkung der Frauenrechte unter der Regierung der Islamischen Republik Afghanistans in den vorangegangenen 20 Jahren wurden zerstört. Millionen von Mädchen verlieren ihre Perspektive auf ein selbstbestimmtes Leben.

⁶⁴ Die Verfassung der Islamischen Republik Afghanistan
https://www.zaoerv.de/64_2004/64_2004_4_a_943_978.pdf.

Die Liste der Entrechtenden ist inzwischen sehr lang: Frauen dürfen nicht reisen, keinen Sport treiben, keine Parks oder öffentlichen Bäder besuchen. Ihnen wurden die Möglichkeiten auf Bildung, politische Teilhabe und auf freie Ausübung eines Berufes genommen. Viele sind bedroht von Zwangsehen mit Taliban-Anhängern und von brutalen Strafen für angeblich »unislamisches Verhalten« wie Inhaftierung, sexuelle Misshandlung in Haft⁶⁵ und Auspeitschung. In einem Dekret der Taliban Anfang Juli 2023 wurde die Schließung von Schönheitssalons⁶⁶ angekündigt.

„Afghanistan befindet sich in einer tiefgreifenden Menschenrechtskrise, die das Leben der Menschen - insbesondere von Frauen und Mädchen - verändert hat. Seit der Rückkehr der Taliban an die Macht im Jahr 2021 werden Frauen und Mädchen systematisch ihrer Rechte auf Freizügigkeit, Bildung, Arbeit, Gesundheitsversorgung und freie Meinungsäußerung beraubt und aus dem öffentlichen Leben ausgeschlossen. Diese weit verbreiteten und systematischen Benachteiligungen bilden ein institutionalisiertes System der Diskriminierung, Unterdrückung und Beherrschung, das Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellt.“⁶⁷

Seit die Taliban die Macht in Afghanistan übernommen haben, findet das Grundgesetz in diesem Land keine Anwendung mehr. Gemäß der Verfassung von 2004 wurde die Herrschaft der Taliban über das Rechtssystem "Sharia" ausgerufen.

Das Resultat ist ein von den Taliban kontrolliertes Rechtssystem, dem sowohl an Konsistenz als auch an Rechtssicherheit mangelt.

⁶⁵ Lynne O'Donnell, 21.06.2023: The Taliban's Hatred of Women Is Fundamental to Their Hold on Power <https://foreignpolicy.com/2023/06/21/taliban-afghanistan-women-violence-united-nations/>.

⁶⁶ Shoaib Tanha | Shabnam von Hein, 05.07.2023 Mit der landesweiten Schließung von Schönheitssalons für Frauen nehmen die Taliban mehr als 50.000 weiteren Frauen in Afghanistan eine der letzten Verdienstmöglichkeiten. www.dw.com/de/taliban-verbieten-sch%C3%B6nheitssalons-f%C3%BCr-frauen/a-66124318.

⁶⁷ United Nation, 11.06.2025: A/HRC/59/25: Access to justice and protection for women and girls and the impact of multiple and intersecting forms of discrimination - Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights in Afghanistan - Advance unedited version [A/78/94](https://www.unhcr.org/refugees/pdf/a/78/94)

„Für Frauen und Mädchen hat sich die Situation durch die Aufhebung von Gesetzen und Verordnungen, die speziell ihre Rechte schützten, noch verschärft. Dazu gehören das Gesetz zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen (EVAW), ein bahnbrechendes Gesetz, das 22 Formen von Gewalt gegen Frauen unter Strafe stellte, darunter Vergewaltigung sowie Kinder- und Zwangsheirat, und das Gesetz zum Schutz der Rechte des Kindes, das zum ersten Mal ein Kind als eine Person unter 18 Jahren definierte. In ihrer Gesamtheit bildeten diese Gesetze, auch wenn sie in der Republik nicht einheitlich umgesetzt wurden, die Grundlage für wichtige Schutzmaßnahmen und -mechanismen, einschließlich spezialisierter Gerichte und Unterstützungseinrichtungen.“⁶⁸

Es liegen Berichte vor, wonach auch LGBTQIA+ Afghan*innen von den Taliban sexuell misshandelt werden.⁶⁹ Es liegen Hinweise vor, dass Mitglieder der LGBTQIA-Community in Afghanistan von den Taliban sexualisierte Gewalt erleben. In einem Fall berichtete CNN von einem brutalen Vorfall.⁷⁰

Es liegen Berichte vor, denen zufolge Taliban-Anführer Kinder und junge Männer missbrauchen.

Im Zeitraum vom 19. Juni bis zum 14. Juli 2023 fand eine Sitzung des UN-Menschenrechtsrates statt, in welcher die Situation der Frauen in Afghanistan erörtert wurde. Richard Bennett, UN-Sonderberichterstatter zur Lage der Menschenrechte in Afghanistan, und die von Dorothy Estrada-Tanck geleitete UN-Arbeitsgruppe gegen Frauendiskriminierung präsentierten zu diesem Anlass den Expert*innenbericht »Situation of women and girls in Afghanistan«. Gemäß der Aussage des Berichts erfolgte in den vergangenen Jahren "nirgendwo sonst auf der Welt ein so weitreichender,

⁶⁸ Human Rights Council Fifty-ninth session 11.06.2025, Agenda item 2 Annual report of the United Nations High Commissioner for Human Rights <https://www.ohchr.org/sites/default/files/2025-06/a-hrc-59-25-auv-1-en.pdf> S.5

⁶⁹ Global Citizen, Annie Banerji, 26.01.2022: Menschen der LGBTQIA+ Community in Afghanistan kämpfen im Taliban-Regime um Arbeit, Nahrung & ihr Leben <https://www.globalcitizen.org/de/content/lgbtq-afghanistan-taliban-hunger-economy/>

⁷⁰ LGBTQ-Afghanen berichten von Misshandlungen und Haft durch Taliban, Veröffentlicht am 19.11.2024 <https://die-nachrichten.at/welt/lgbtq-afghanen-berichten-von-missbrauch-in-haft-durch-taliban/>

systematischer und allumfassender Angriff auf die Rechte von Frauen und Mädchen wie in Afghanistan."⁷¹

Das diskriminierende und restriktive Umfeld, das Klima der Angst und die fehlende Rechenschaftspflicht für die vielfältigen Verstöße [...] machen es Frauen und Mädchen unmöglich, ihre Rechte wahrzunehmen und halten alle Personen und Organisationen davon ab, sie zu verteidigen und ermutigen damit zu weiteren Verstößen. Die Expert*innen legen demzufolge eine Einstufung der systematischen Unterdrückung von Mädchen und Frauen als "eine geschlechtsspezifische Verfolgung und einen institutionalisierten Rahmen der Gender-Apartheid" nahe.⁷²

Das heißt, die „schwerwiegende, systematische und institutionalisierte Diskriminierung von Frauen“ durch die Taliban ist eine Form der sogenannten „Gender-Apartheid“.

Der Terminus "Gender-Apartheid" wurde bereits während der ersten Taliban-Herrschaft Mitte der 1990er Jahre von Menschenrechtsaktivist*innen in bewusster Anlehnung an die systematische Unterdrückung von Schwarzen im früheren Südafrika eingeführt. Obgleich der Begriff im internationalen Recht nicht als Verbrechen definiert ist, wird die "Verfolgung aus Gründen des Geschlechts" gemäß Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe h des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs als "Verbrechen gegen die Menschlichkeit"⁷³ eingestuft. Die Anerkennung der Unterdrückung von Frauen in Afghanistan als ebenjene würde die internationale Gemeinschaft dazu verpflichten, aktiv zu werden und rechtliche Instrumente gegen das Regime zu entwickeln. Die Errichtung eines internationalen Strafgerichts sowie eines internationalen Gerichtshofs und die Etablierung eines universellen Gerichts wären in diesem Fall mit einem geringeren Aufwand verbunden.

In der Tagung ersuchten die Expert*innen bei der Vorstellung des Berichts die 47 Mitgliedstaaten des UN-Menschenrechtsrates, entsprechende Untersuchungen

⁷¹ Human Rights Council, 20.06.2023: Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights in Afghanistan and the Working Group on discrimination against women and girls [A-HRC-53-21-AdvanceEditedVersion.docx](#)

⁷² Siehe FN 71

⁷³ <https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/2002/586/de>

durchzuführen.⁷⁴ Dieser Ansatz wurde von einer Vielzahl von Staaten positiv aufgenommen. Des Weiteren wurde der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) gebeten, zu prüfen, ob die geschlechtsspezifische Verfolgung der Taliban als Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingestuft werden und damit vor den IStGH gebracht werden kann. Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) hatte bereits im Oktober 2022 seine Ermittlungen zu Menschenrechtsverbrechen in Afghanistan seit 2003 wieder aufgenommen (nicht nur zu Verbrechen der Taliban, sondern auch zu Verbrechen der US-Truppen und der damaligen afghanischen Armee).⁷⁵

Die Taliban-De-facto-Regierung erließ landesweit über 100 Dekrete, die die Rechte von Frauen und Mädchen einschränken.

An Frauen gerichtete Verbote seit der Machtübernahme durch die Taliban

Folgende Verbote, die Mädchen und Frauen betreffen, wurden seit der Machtübernahme durch die Taliban erlassen (Quellen, wenn nicht anders angegeben: UN-Menschenrechts-Rat⁷⁶ und BBC⁷⁷ – hier⁷⁸ in deutscher Übersetzung):

- 7. September 2021: Verkündung des neuen Regierungskabinetts ohne Frauen.⁷⁹
- Mitte September 2021 wurde das Frauenministerium durch das Ministerium für Gebet und Orientierung sowie zur Förderung der Tugend und zur Verhinderung von Lastern ersetzt. Gleichzeitig wurde die Staatsanwaltschaft zur Bekämpfung von frauenspezifischer Gewalt geschlossen. Damit haben die Frauen in dem Land jegliche politische Vertretung ihrer Anliegen verloren.

⁷⁴ Taz.de, 20.06.2023, AfghanistanUN-Experte: Gender-Apartheid <https://taz.de/>

⁷⁵ Afghanistan Analysts Network, 26.05.2023: Gender Persecution in Afghanistan: Could it come under the ICC's Afghanistan investigation? <https://www.afghanistan-analysts.org/en/reports/rights-freedom/gender-persecution-in-afghanistan-could-it-come-under-the-iccs-afghanistan-investigation/>

⁷⁶ United Nations General Assembly 15.06.2023: Situation of women and girls in Afghanistan Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights in Afghanistan and the Working Group on discrimination against women and girls <https://docs.un.org/en/A/HRC/53/21> S.4-5

⁷⁷ <https://www.bbc.com/persian/articles/29.01.2023> :20 Taliban-Dekrete, die Frauen systematisch einschränkten <https://www.bbc.com/persian/articles/cy0kld42xexo>

⁷⁸ www.proasyl.de/wp-content/uploads/Einschraenkungen_Frauen_Afgh_BBC-29.01.23_deutsche_Uebersetzung.pdf.

⁷⁹ Taz.de Thomas Ruttig, 08.09.2021: Neues Kabinett in Afghanistan <https://taz.de/Neues-Kabinett-in-Afghanistan/!5795714/>.

- *8. September 2021:* Der damalige stellvertretende Minister für Information und Kultur, Ahmadullah Vathiq, erklärt, dass Frauensport eine »unangemessene und unnötige« Aktivität sei, da die fehlende Bedeckung der Spielerinnen gegen die Scharia verstoße.
- *17. September 2021:* Umbenennung des bisherigen Frauenministeriums in »Ministerium für Gebet und Führung und die Förderung von Tugenden und Verhinderung von Lastern«.
- *18. September 2021:* Einschränkung der Schulbildung für Mädchen nach der sechsten Klasse.
- *19. September 2021:* Verbot der Weiterarbeit für weibliche Angestellte der Stadtverwaltung Kabuls, außer deren Arbeit kann nicht von männlichen Kollegen erledigt werden.
- *November 2021:* Verbot, in Fernsehsendungen aufzutreten. Empfehlung an Journalistinnen und Moderatorinnen, ihr Gesicht vollständig zu bedecken.
- *26. Dezember 2021:* Anweisung an Autofahrer, Frauen bei einer Fahrt, die länger als 72 km ist, nicht ohne »ordentlichen Hijab« und Maharam (Vater, Bruder, Ehemann oder Sohn) mitzunehmen.
- *27. Februar 2022:* Verbot für Frauen, ohne Vormund ins Ausland zu reisen.
- *27. März 2022:* Einschränkung des Zugangs zu Parks, Verbot ohne Maharam an Bord nationaler (und internationaler) Flüge zu gehen.
- *Mai 2022:* Offenbar Verbot für Fahrschulen, Frauen auszubilden und Einstellung der Vergabe von Führerscheinen an Frauen.
- *7. Mai 2022:* Verpflichtung in der Öffentlichkeit den »korrekten Hijab« zu tragen, vorzugsweise durch das Tragen einer Burka oder dadurch, dass Frauen das Haus nicht ohne Grund verlassen (»die erste und beste Form der Einhaltung des Hijab«). Befehl an Ladenbesitzer, die Köpfe von weiblichen Schaufensterpuppen zu bedecken.
- *21. Mai 2022:* Fernsehmoderatorinnen müssen ihr Gesicht verhüllen.
- *Juni 2022:* Alle Mädchen der vierten bis sechsten Klasse müssen auf dem Schulweg ihr Gesicht verhüllen.
- *Ende Juni 2022:* Schließung des Frauenparks »Sharare Bagh« in Kabul, weil sich die Frauen nicht an den »empfohlenen Hijab gehalten« hätten.

- *Juli 2022:* Verbot der Weiterarbeit für weibliche Angestellte des Finanzministeriums, die stattdessen ein männliches Familienmitglied zur Arbeit schicken sollen.
- *23. August 2022:* Frauen im öffentlichen Dienst werden gebeten, der Arbeit fernzubleiben.
- *September 2022:* Schließung von Sprachbildungszentren, wenn Mädchen nicht getrennt von Jungen und ausschließlich von weiblichen Lehrkräften unterrichtet wurden. Offenbar Verbot an Moscheen, Mädchen Islamunterricht zu geben.
- *Oktober 2022:* Verbot für Studentinnen, Master-Abschlüsse in Bereichen wie Landwirtschaft, Wirtschaft, Informatik und Ingenieurwesen zu erwerben.
- *10. November 2022:* Verbot, in Fitnessstudios zu gehen.
- *11. November 2022:* Zutrittsverbot zu Parks in Kabul; eine später in der Provinz Faryab veröffentlichte Bekanntmachung verbietet Frauen den Zugang zu öffentlichen Bädern, Turnhallen, Sportvereinen und Vergnügungsparks.
- *Dezember 2022:* Verbot für Studentinnen, ihren Uni-Abschluss so wie ihre männlichen Kommilitonen außerhalb des Campus zu feiern. Empfehlung an deren männliche Familienmitglieder und männliches Hochschulpersonal, den Abschlussfeiern nicht beizuwohnen.
- *21. Dezember 2022:* Das Recht von Frauen, Universitäten zu besuchen, wird mit sofortiger Wirkung ausgesetzt.⁸⁰ (In vielen Regionen Afghanistans konnten Medizinstudentinnen ihr Studium dennoch zunächst fortsetzen).
- *22. Dezember 2022:* Verbot aller Formen von Bildung für Mädchen nach der 6. Klasse.
- *24. Dezember 2022:* Verbot an nationale und internationale Nichtregierungsorganisationen weibliche afghanische Angestellte zu beschäftigen.

⁸⁰ zeit.de/Politik/Ausland, 20.12.2022: Taliban verbieten Universitätsbildung für Frauen
<https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-12/afghanistan-taliban-frauen-universitaeten-verbot>

- 8. März 2023: Vorhergehende Scheidungen von Frauen in der Islamischen Republik Afghanistans werden annulliert,⁸¹ Frauen werden gezwungen zu ihrem Ex-Mann zurückzugehen.
- 4. April 2023: Verbot, bei den Vereinten Nationen zu arbeiten.
- Im Juni 2023 wurde ausländischen Nichtregierungsorganisationen die Durchführung von Bildungsprogrammen, einschließlich gemeindebasierter Bildung, verboten.
- 4. Juli 2023: Ankündigung der landesweiten Schließung von Schönheitssalons.⁸²
- Das klingt im westlichen Verständnis womöglich eher harmlos, im afghanischen Kontext bedeutete das, dass damit auch die letzten geschützten Orte für Frauen verschwinden. Zudem haben schätzungsweise 50.000 Frauen⁸³ ihre Einkommensquelle – in einem Land, in dem es für Frauen fast keine legalen Verdienstmöglichkeiten mehr gibt – verloren.
- 19. Juli 2023: Verbot, an Aufnahmeprüfungen für Universitäten und Hochschulen⁸⁴ teilzunehmen.
- Juli 2023: Verbot der Teilnahme an medizinischen Fachprüfungen,⁸⁵ um ein spezialisiertes Medizinstudium aufzunehmen.
- Im Juni 2024 wurde Frauen die Teilnahme an Radio- und Fernsehsendungen neben männlichen Moderatoren untersagt.

Gemäß dem UNAMA-Bericht vom 10. August 2025 wurden Morddrohungen gegen afghanische Frauen, die bei den Vereinten Nationen beschäftigt sind, offiziell bestätigt.

⁸¹ france24.com, 08/03/2023: Divorced Afghan women fear being forced back to abusive ex-husbands <https://www.france24.com/en/live-news/20230308-divorced-afghan-women-forced-back-to-abusive-ex-husbands>

⁸² Shoaib Tanha | Shabnam von Hein, 05.07.2023 Mit der landesweiten Schließung von Schönheitssalons für Frauen nehmen die Taliban mehr als 50.000 weiteren Frauen in Afghanistan eine der letzten Verdienstmöglichkeiten. www.dw.com/de/taliban-verbieten-sch%C3%B6nheitssalons-f%C3%BCr-frauen/a-66124318.

⁸³ Siehe FN 79

⁸⁴ <https://8am.media/fa/>, 20.07.2023 Verbot der Teilnahme von Mädchen an der Aufnahmeprüfung; Schüler: Wir sind enttäuschter als zuvor <https://8am.media/fa/prohibition-of-participation-of-girls-in-entrance-examination-students-we-are-more-disappointed-than-before/>

⁸⁵ <https://www.deutschlandfunk.de/> 17.07.2023: Weitere Einschränkungen für Mädchen und Frauen in Afghanistan <https://www.deutschlandfunk.de/weitere-einschraenkungen-fuer-maedchen-und-frauen-in-afghanistan-100.html>

Es liegen konkrete Todesdrohungen gegen Dutzende afghanische Frauen vor, die im Auftrag der Vereinten Nationen in Afghanistan tätig sind. Im Mai 2025 wurden weibliche nationale Mitarbeiterinnen unmittelbar mit dem Tod bedroht.

Seit Dezember 2022 ist es afghanischen Frauen untersagt, für internationale NGOs tätig zu sein. Sechs Monate später wurde dieses Verbot auf die UN erweitert. In der Folge kam es zu einer signifikanten Zunahme von Drohungen. Humanitäre Organisationen geben an, dass die Taliban ihre Arbeit behindern.⁸⁶

Das Tugendgesetz von 2024

Das 114-seitige Dokument mit 35 Artikeln, das der Associated Press⁸⁷ vorliegt, ist das erste Laster- und Tugendgesetzespaket der Taliban, die seit Mitte 2021 in Afghanistan die Macht innehaben. Bisher haben die Taliban ihre Vorschriften für Frauen per Dekrete erlassen – mittlerweile über 80 an der Zahl.

Mit dem neuen Gesetz erhält die Sittenpolizei des zuständigen »Ministeriums für Gebet und Orientierung sowie zur Förderung der Tugend und zur Verhinderung von Lastern« mehr Macht. Sie darf das persönliche Verhalten der Bevölkerung über Verwarnungen bis hin zu Untersuchungshaft regulieren. Das Gesetz wurde am 21.08.2024 vom Obersten Führer Hibatullah Achundsada in Kraft gesetzt.⁸⁸ Maulvi Abdul Ghafar Farooq, Sprecher des Ministeriums, kommentierte:⁸⁹ »Inshallah [so Gott will] versichern wir Ihnen, dass dieses islamische Gesetz eine große Hilfe bei der Förderung der Tugend und der Beseitigung des Lasters sein wird«.

Das Gesetz fokussiert sich insbesondere auf Frauen.

In Artikel 13 heißt es, dass eine Frau ihren Körper in der Öffentlichkeit jederzeit bedecken muss und dass eine Gesichtsbedeckung unerlässlich ist, um andere nicht zu »verführen«.

⁸⁶ https://unama.unmissions.org/sites/default/files/english_-_unama_hrs_update_on_human_rights_in_afghanistan_april-june_2025_final.pdf

⁸⁷ ISLAMABAD (AP), [https://apnews.com/article/23.08.2024:The Taliban publish vice laws that ban women's voices and bare faces in public https://apnews.com/article/afghanistan-taliban-vice-virtue-laws-women-9626c24d8d5450d52d36356ebff20c83](https://apnews.com/article/23.08.2024:The_Taliban_publish_vice_laws_that_ban_women's_voices_and_bare_faces_in_public_https://apnews.com/article/afghanistan-taliban-vice-virtue-laws-women-9626c24d8d5450d52d36356ebff20c83)

⁸⁸ <https://rta.af/fa/article4817/#:~:text=نهی عن المنکر و سماع شکایات می باشد>

⁸⁹ Siehe FN 87

Die Kleidung darf nicht dünn, eng oder kurz sein. Es heißt konkret: »Muslimische Frauen sind verpflichtet, ihren Körper und ihr Gesicht vor Nicht-Mahram-Männern zu verbergen«, und: »Muslimische Frauen sind verpflichtet, ihren Körper vor ungläubigen Frauen zu verbergen«.

Selbst die Stimme der Frau wird als intim bezeichnet und darf in der Öffentlichkeit nicht länger zu hören sein – konkret verboten ist ihnen lautes Singen, Reimen und Rezitieren. Außerdem ist es ihnen verboten, Männer anzusehen, mit denen sie nicht blutsverwandt oder verheiratet sind, und umgekehrt. Die Taliban wollen Frauen aus dem öffentlichen Leben ausschließen. Sie werden zu »unsichtbaren Wesen« gemacht.

Es kann festgestellt werden, dass die Gesetzgebung auch auf die gesamte Bevölkerung eine unterdrückende Wirkung ausübt. Das Gesetzespaket betrifft vor allem Frauen, aber auch viele Aspekte des täglichen Lebens der ganzen Bevölkerung, wie öffentliche Gebets-Regeln, Männer-Kleidung, Bartlänge, Verkehrsmittel, Musik und das Feiern.

So verbietet das Gesetz zum Beispiel die Veröffentlichung und das Ansehen von Bildern von Menschen und Tieren, was die ohnehin fragile afghanische Medienlandschaft bedroht. Auch das Abspielen von Musik wird verboten. Die Beförderung allein reisender Frauen wird verboten und Fahrer und Fahrgäste werden verpflichtet, zu bestimmten Zeiten Gebete zu verrichten. Männern und Frauen, die nicht miteinander verwandt sind, wird es grundsätzlich verboten sich einander zu nähern. Homosexuelle Beziehungen, Ehebruch und Glücksspiele werden ebenfalls in dem Gesetz (erneut) verboten.

Das Verbot, eine Ausbildung im Gesundheitssektor zu absolvieren, führt zu einer weiteren Katastrophe im Land.

Die von den Taliban verhängten Restriktionen hinsichtlich der Teilhabe von Frauen am öffentlichen Leben bestehen fort. Seit dem August 2021 ist Mädchen und Frauen der Zugang zu höheren Schulen und Universitäten verwehrt. Eine Ausnahme bildete der Gesundheitssektor, in den Frauen sich weiterhin an staatlichen und privaten Instituten vor allem zu Hebammen und Krankenschwestern ausbilden lassen konnten. Seit Anfang Dezember 2024 ist es Frauen jedoch verboten, eine Ausbildung in medizinischen Berufen

zu absolvieren, was eine signifikante Einschränkung ihrer Möglichkeiten darstellt, sich im Land weiterzubilden.

Die neuen Beschränkungen werden den Zugang zu einer hochwertigen Gesundheitsversorgung weiter einschränken und deren Verfügbarkeit in Zukunft ernsthaft gefährden. Mickael Le Paih, Landeskoordinator von "Ärzte ohne Grenzen" in Afghanistan, kritisierte die Entscheidung, Frauen vom Studium an medizinischen Instituten auszuschließen, mit den Worten, dies verwehre ihnen die Ausbildung im Gesundheitsbereich und schließe sie von einer gleichberechtigten Gesundheitsversorgung aus.⁹⁰

Ausdehnung der Tugendgesetze auf die Bauvorschriften.

Gemäß einem kürzlich erlassenen Dekret des Taliban-Führers Hebatullah Akhundzadeh vom 28.12.2024 wurde die Orientierung der Fenster von Gebäuden in Richtung der Nachbarhäuser untersagt.⁹¹ Das Fünf-Punkte-Dekret besagt, dass Frauen beim Kochen, Sitzen und Aufstehen nicht aus dem Fenster des Nachbarhauses gesehen werden dürfen.

Nach Art. 1 des Dekrets ist es einer Person, die ein Gebäude errichten möchte und in dessen fußläufiger Entfernung sich ein anderes Gebäude befindet, untersagt, das Fenster seines Gebäudes in Richtung der Küche, des Brunnens oder eines anderen Ortes zu positionieren, an dem Frauen üblicherweise sitzen und gesehen werden.

Artikel 2 des Dekrets legt fest, dass eine Person, die ihr Fenster vor das Haus des Nachbarn setzt, eine Mauer errichten muss, die so hoch ist wie eine Person davor, oder andere Maßnahmen ergreifen muss, um "Schaden" durch den Nachbarn zu verhindern. Er beauftragte die Gemeinden und andere von den Taliban kontrollierte Institutionen, die

⁹⁰ Mickael Le Paih <https://www.aerzte-ohne-grenzen.de/presse/> 06.12.2024: Afghanistan: Ausschluss von Frauen von medizinischen Instituten bedroht Zukunft der Gesundheitsversorgung <https://www.aerzte-ohne-grenzen.de/presse/afghanistan-frauen-ausschluss-medizinische-institute>

⁹¹ <https://www.darivoo.com/a/> 28.12.2024: Erlass des Taliban-Führers zur Platzierung von Hütten in Gebäuden: Frauen dürfen nicht gesehen werden <https://www.darivoo.com/a/taliban-decree-regarding-buildings--windows/7917194.html>

Bauarbeiten zu überwachen und zu verhindern, dass Fenster in Nachbarhäuser eingebaut werden.

Flüchtlingseigenschaft für afghanische Frauen

Mit seinem Urteil⁹² vom 4. Oktober 2024 hat der EuGH diese Realität anerkannt und entschieden, dass allen afghanischen Frauen, die in Europa Schutz suchen, dieser Schutz auch gewährt werden muss. Der EuGH entschied nun, dass die Situation der Frauen in Afghanistan so gravierend ist, dass sie die rechtliche Schwelle zur Verfolgung erreicht: eine Handlung, die eine schwerwiegende Verletzung grundlegender Menschenrechte darstellt. Nach Artikel 9 Abs. 1 Buchstabe b der Qualifikationsrichtlinie⁹³ kann Verfolgung auch in der Kumulierung verschiedener Maßnahmen bestehen. Eine individuelle Prüfung ist dann nicht mehr erforderlich. Die nationalen Behörden dürfen davon ausgehen, dass afghanische Frauen grundsätzlich der Verfolgung ausgesetzt sind. Daher können die Behörden ihnen den Flüchtlingsstatus gewähren, ohne die individuellen Umstände jeder Frau näher zu betrachten.

Rechtliche Möglichkeiten für afghanische Frauen in Deutschland

Die Entscheidung des EuGH ist eine positive Nachricht für alle afghanischen Frauen, die sich noch im Asylverfahren befinden, da das Urteil für deren Entscheidung bindend ist. Es bietet aber auch eine Chance für afghanische Frauen, deren Anträge (teilweise) abgelehnt wurden.⁹⁴

Das Urteil des EuGH macht deutlich: Alle afghanischen Frauen sind Verfolgung ausgesetzt und sollten daher per se den Flüchtlingsstatus erhalten. Es ist unerheblich, inwieweit sie sich »verwestlicht« haben oder zu anderen diskriminierten sozialen

⁹² <https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2024-10/cp240167de.pdf>

⁹³ <https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:337:0009:0026:de:PDF>.

⁹⁴ Siehe FN 93.

Gruppen gehören. „Es genügt, lediglich ihre Staatsangehörigkeit und ihr Geschlecht zu überprüfen.“ Die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl begrüßte das Urteil: „Es stärkt europaweit die Rechte schutzsuchender Frauen aus Afghanistan.“⁹⁵

Verfahren gegen die Taliban auf internationaler Ebene

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass sich gegenwärtig zwei Verfahren gegen die Taliban auf internationaler Ebene in Bezug auf die Diskriminierung von Frauen in der afghanischen Gesellschaft befinden:

1. Einerseits wurde der Fall durch Frankreich und fünf weitere Länder offiziell an den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) weitergeleitet, mit dem Ziel, die Situation in Afghanistan⁹⁶ zu untersuchen. In der Begründung wurde, auf die sich verschlechternde Situation von Frauen und Mädchen in Afghanistan verwiesen. Die Überweisung des Falles Afghanistan an dieses Gericht zeigt, dass diese sechs Länder die Schwere der Menschenrechtsverletzungen in Afghanistan unter der Taliban-Regierung anerkennen und davon ausgehen, dass die Taliban in Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen verwickelt sein könnten.

2. In einer gemeinsamen Erklärung vom 27.09.24 forderten Deutschland, Australien, Kanada und die Niederlande die Taliban dazu auf, den in der UN-Frauenrechtskonvention verankerten Verpflichtungen nachzukommen. In der Erklärung wird betont, dass Afghanistans Frauen und Mädchen uneingeschränkt die Wahrnehmung ihrer Menschenrechte verdienen. 26 weitere Staaten sowie die Generalsekretäre der Vereinten Nationen schlossen sich dieser Erklärung an und beklagten, dass die Taliban die Rechte der Frauen missachten. Mit dieser Handlung wird gegen die UN-Frauenrechtskonvention

⁹⁵ <https://www.proasyl.de/news/>, 22.10.24: EuGH-Urteil für Afghanistans Frauen: Ein kleiner Lichtblick in der Dunkelheit <https://www.proasyl.de/news/eugh-urteil-fuer-afghanistans-frauen-ein-kleiner-lichtblick-in-der-dunkelheit/>

⁹⁶ <https://www.rfi.fr/fa/> 29.11.2024: Welche Konsequenzen hat es für Afghanistan, wenn der afghanische Fall an den Internationalen Strafgerichtshof verwiesen wird? [ارجاع پرونده افغانستان به دادگاه کیفری بین‌المللی چه پیامدهایی برای افغانستان دارد؟](#)

CEDAW verstoßen, die Afghanistan 2003 unterzeichnet hat. Die Vertragsstaaten der Konvention drohen den Taliban mit Konsequenzen.

Fast ein Jahr danach am 08.07.2025 erließ der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag Haftbefehle gegen die Anführer der militant-islamistischen Taliban. Die Haftbefehle richten sich gegen den Taliban-Chef Haibatullah Achundsada und den Obersten Richter Afghanistans, Abdul Hakim Hakkani, wie das Gericht mitteilte.

Die mehr als 120 Mitgliedstaaten des Gerichts – darunter Deutschland – sind dazu angehalten, die Haftbefehle im Prinzip zu vollstrecken, sollte einer der Betroffenen in eines der Länder reisen. Die Taliban Führer haben sich dazu geäußert, sie erkennen den IStGH nicht an.

Stattdessen werden die Frauen seit dem 17. Juli 2025 massenhaft von der Taliban-Miliz Amr-e-Maruf (Sittenpolizei) verhaftet unter dem Vorwand, sich nicht an die vorgeschriebene islamische Kleiderordnung gehalten zu haben.⁹⁷

3. Das Europäische Parlament hat am 19. September 2024 eine Resolution verabschiedet, in der die Diskriminierung von Frauen verurteilt und klar als Genderapartheid benannt wird.⁹⁸ Laut der Resolution haben die Taliban ihre extreme Auslegung der Scharia durchgesetzt und Frauen aus dem öffentlichen Leben verbannt. Die De-facto-Behörden Afghanistans werden zur Rechenschaft gezogen, insbesondere durch die Untersuchung des Internationalen Strafgerichtshofs und die Einrichtung eines unabhängigen Untersuchungsmechanismus der Vereinten Nationen. Zudem wird die Vizepräsidentin bzw. Hohe Vertreterin aufgefordert, neue EU-Sanktionen gegen die Taliban zu initiieren.

Einen Monat später, am 27.09.2024, forderten Deutschland, Australien, Kanada und die Niederlande die Taliban in einer Erklärung auf, diesen Verpflichtungen nachzukommen:

⁹⁷ <https://frauensicht.ch/politik/> 29.07.2025: Verhaftungswelle gegen Frauen in Afghanistan

<https://frauensicht.ch/politik/verhaftungswelle-gegen-frauen-in-afghanistan/>

<https://www.afintl.com/> 21.07.2025: UN-Berichterstatte: Taliban wollen durch die Verhaftung von Frauen Angst unter der Bevölkerung verbreiten <https://www.afintl.com/202507212677>

⁹⁸ European Parliament 2024-2029, 19.09.2024: The deteriorating situation of women in Afghanistan due to the recent adoption of the law on the “Promotion of Virtue and Prevention of Vice”

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-10-2024-0008_EN.pdf.

»Afghanistans Frauen und Mädchen verdienen nichts weniger als die uneingeschränkte Wahrnehmung ihrer Menschenrechte.«

Dieser Erklärung schlossen sich 26 Staaten sowie die Generalsekretäre der Vereinten Nationen an. Sie beklagen, dass die Taliban die Rechte der Frauen missachtet. Sie verstoßen gegen die UN-Frauenrechtskonvention CEDAW, die Afghanistan 2003 unterschrieben hat. Die Vertragsstaaten drohen mit Konsequenzen.

5. Sicherheitslage in Afghanistan

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen berichtete am 21. Juni 2024, dass sich die Sicherheitslage in Afghanistan zwischen dem 1. Februar und dem 13. Mai verschlechtert hat. Es wurden 2.505 sicherheitsrelevante Vorfälle registriert⁹⁹, was einem Anstieg von 55 Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum im Jahr 2023 entspricht. Die Zahl der bewaffneten Auseinandersetzungen ist von 75 im gleichen Zeitraum des Jahres 2023 auf 106 gestiegen.¹⁰⁰

UNAMA hat Kenntnis von 23 bewaffneten Gruppen, die sich zu Operationen in Afghanistan bekennen.¹⁰¹ Dazu zählen die Nationale Widerstandsfront, die Afghanistan Freedom Front und das Afghanistan Liberation Movement (ehemals Afghanistan Liberation Front), die für Anschläge in den Provinzen Helmand, Kabul, Kandahar, Kapisa, Nangarhar, Nuristan und Pandschschir verantwortlich gemacht werden. De-facto-Sicherheitskräfte führten Operationen gegen Kämpfer der Nationalen Widerstandsfront durch. Dabei kam es zu Opfern unter der Zivilbevölkerung.

„Im Juni 2023 erklärte Amnesty International in einem Bericht, dass die Taliban in der afghanischen Provinz Pandschir im Zusammenhang mit Kämpfen gegen die bewaffnete Gruppe Nationale Widerstandsfront (NRF) Kollektivstrafen gegen die Zivilbevölkerung verhängten. Unter anderem kam es zu willkürlichen Massenfestnahmen

⁹⁹ United Nation General Assembly, 27.02.2023: The Situation in Afghanistan and its implications for international peace and security https://unama.unmissions.org/sites/default/files/a77772-s2023151sg_report_on_afghanistan.pdf S.5

¹⁰⁰ United Nation General Assembly, 28.02.2024: The Situation in Afghanistan and its implications for international peace and security https://unama.unmissions.org/sites/default/files/sg_report_on_afghanistan_march_2024.pdf S.4

¹⁰¹ <https://www.ecoi.net/de/dokument/2092067.html#Toc125972896>

wie der Festnahme aller erwachsenen Männer und älteren Jungen in einigen Dörfern. Der Bericht bestätigte zudem die außergerichtliche Hinrichtung von 14 inhaftierten NRF-Mitgliedern in den Bezirken Khenj und Darah durch die Taliban allein zwischen dem 12. und 14. September 2022. Es wird angenommen, dass in diesem Zeitraum in den Bezirken Khenj, Darah und Rukha insgesamt mindestens 48 Personen, vermutlich jedoch wesentlich mehr, außergerichtlich hingerichtet wurden“¹⁰²

Zwischen dem 15. August 2021 und dem 30. Mai 2023 verzeichnete UNAMA insgesamt 3.774 zivile Opfer (1.095 Tote, 2.679 Verletzte). Drei Viertel dieser zivilen Opfer (2.814 zivile Opfer: 701 Tote, 2.113 Verletzte) wurden durch IED-Angriffe in bewohnten Gebieten, einschließlich religiöser Stätten, Schulen und Märkten, verursacht.¹⁰³

Am 1. Januar 2023 berichtet das BAMF von einem Anschlag auf den Eingang des militärischen Bereichs des Kabuler Flughafens.¹⁰⁴ Die Sicherheitslage bleibt weiterhin angespannt, und es besteht die Möglichkeit, dass sich die ISKP-Anschlagsserie gegen die Taliban fortsetzt.

Gemäß Medienberichten kam es am 11.01.23 zu einem Selbstmordanschlag vor dem Außenministerium in Kabul. Es wird berichtet, dass zu diesem Zeitpunkt eine chinesische Delegation das Außenministerium besucht haben soll. Nach vorliegenden Informationen sind bei dem Vorfall ca. 20 Personen ums Leben gekommen, während ca. 40 weitere verletzt wurden.¹⁰⁵

Am 21. März 2024 zündete ein Mitglied der Gruppe Islamic State Khorasan (ISIS-K) in einer Bank in Kandahar einen am Körper getragenen improvisierten Sprengsatz, der sich gegen Angehörige der De-facto-Sicherheitskräfte richtete, die auf die Auszahlung ihrer Gehälter

¹⁰² https://cdn.amnesty.at/media/10878/amnesty-report_your-sons-are-in-the-mountains_the-collective-punishment-of-civilians-in-panjshir-by-the-taliban_afghanistan_juni-2023.pdf S.11

¹⁰³ https://www.ecoi.net/en/file/local/2094034/report_on_civilian_harm_caused_by_ied_-_eng_27062023.pdf S.5

¹⁰⁴ Bundesamt für Migration, 30. 06. 2023

https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Behoerde/Informationszentrum/BriefingNotes/2023/Zusammenfassungen/briefingnotes-zf-hj-1-2023-afghanistan.pdf?__blob=publicationFile&v=4 S.1

¹⁰⁵ Siehe FN 116

warteten. Bei dem Anschlag wurden mindestens 25 Angehörige der De-facto-Sicherheitskräfte getötet und weitere 45 Angehörige und fünf Zivilisten verletzt.¹⁰⁶

In den ersten drei Monaten 2024 wurde das Außenministerium unter der Taliban-Regierung zweimal von Selbstmordattentätern angegriffen. Dabei kamen mindestens 30 Diplomaten der ehemaligen Regierung, die mit den Taliban zusammengearbeitet hatten, ums Leben, rund 50 weitere wurden verletzt. Der Islamic State Khorasan (ISIS-K) übernahm die Verantwortung für beide Angriffe. Eine Reihe ehemaliger Diplomaten ist jedoch überzeugt, dass die Differenzen zwischen den Taliban-Gruppen die Ursache dieser Selbstmordattentate sind. Auch einige Politiker und Diplomaten der Vorgängerregierung werfen den Taliban Rache vor und sagen, dass der Angriff auf das Leben der aus der republikanischen Ära übriggebliebenen Mitarbeiter des Außenministeriums das Werk der Taliban ist. Sie wollen diese Eliten entfernen, indem sie behaupten, dass sie von Islamic State Khorasan (ISIS-K) Angriffen bedroht werden. Sie sind überzeugt, dass das Außenministerium die einzige Institution ist, der es den Taliban nicht gelungen ist, alle Fachkräfte der republikanischen Zeit vollständig zu entfernen.¹⁰⁷ Allerdings löste der blutige Selbstmordanschlag heftige Reaktionen im In- und Ausland aus.

Die genannten Beispiele zeigen deutlich, wie prekär und gefährlich die Sicherheitslage für die Zivilbevölkerung in Afghanistan ist. Solche Anschläge und Kampfhandlungen treffen die Zivilbevölkerung überall in Afghanistan.

Laut Briefing Notes vom BAMF wird die Verfolgungslage, öffentliche Bestrafungen und Inhaftierungen wie folgt dargelegt: Medienberichten zufolge fanden am 17.01.23 in einem Fußballstadion in der Provinz Kandahar öffentliche Bestrafungen statt. Die Taliban hackten vier Männern, die des Diebstahls beschuldigt wurden, die Hände ab.¹⁰⁸

¹⁰⁶ United Nation General Assembly Security Council 13.06.2024: The situation in Afghanistan and its implications for international peace and security Report of the Secretary-General <https://unama.unmissions.org/reports-un-secretary-general> S. 4

¹⁰⁷ Amin Kawa, <https://8am.media/fa/> 29.03.2023: Reaktionen auf den zweiten Selbstmordanschlag auf das Außenministerium; Taliban müssen die Sicherheit der Bürger gewährleisten <https://8am.media/fa/reactions-to-the-second-suicide-attack-on-the-ministry-of-foreign-affairs/>

¹⁰⁸ Bundesamt für Migration, 30. 06. 2023 https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Behoerde/Informationszentrum/BriefingNotes/2023/Zusammenfassungen/briefingnotes-zf-hj-1-2023-afghanistan.pdf?__blob=publicationFile&v=4

Die Menschenrechtsverletzungen durch die Taliban, einschließlich grausamer Körperstrafen, werden fortgesetzt. Am 05.06.2024 ließ ein Gericht in der Provinz Sar-i Pul insgesamt 63 Personen in einem Sportstadion öffentlich auspeitschen. Den 14 Frauen und 49 Männern werden unter anderem angebliche homosexuelle Handlungen, Diebstahl und andere »moralische Verbrechen« vorgeworfen. Die Hinrichtung fand in Anwesenheit lokaler Taliban-Vertreter statt.¹⁰⁹

Es gibt zahlreiche Hinweise, dass mehr als 20 ausländische Terrorgruppen in Afghanistan aktiv sind wie Al-Qaida und ihr verwandter Zweig, die Islamische Bewegung Usbekistans, Ansarullah Tadschikistans, die Islamische Bewegung Tadschikistans, die Islamische Bewegung Ostturkestans, der Islamische Staat der Provinz Khorasan, die Tehreek-e-Taliban Pakistan sowie ihre zugehörigen kleinen Zweige, Lashkar-e-Taiba und Jaish-e-Mohammed.¹¹⁰

Alle diese Gruppen werden von den Taliban in Afghanistan beherbergt und betrieben. Es ist erwähnenswert, dass die Ermordung von Ayman al-Zawahiri, dem Anführer von al-Qaida, am 31.07.2022 im Herzen von Kabul stattfand,¹¹¹ an einem Ort, der mit Sirajuddin Haqqani in Verbindung steht. Dieses Beispiel zeigt klar, wie die Taliban terroristische Gruppen in Afghanistan aufnehmen und ihnen Schutz bieten.

Gegen Ende des Jahres 2024 brachte sich der Sondergesandte der Volksrepublik China für Afghanistan, Yu Shaoyong, in die Diskussion ein und brachte seine Besorgnis hinsichtlich der Präsenz und Aktivitäten von "mehr als 20 Terrorgruppen" in Afghanistan zum Ausdruck. Er äußerte zugleich seine Warnung vor einer potenziellen Gefährdung der Sicherheit der Volksrepublik China sowie anderer Staaten in der Region. Der chinesische Beamte gab gegenüber dem Beijing International Dialogue Center an, dass sich vor der

¹⁰⁹ <https://www.spiegel.de/ausland/>, 06.06.2024: Taliban geben öffentliches Auspeitschen von mehr als 60 Menschen zu <https://www.spiegel.de/ausland/afghanistan-taliban-liessen-mehr-als-60-menschen-oeffentlich-auspeitschen-a-bc7775c3-a08f-4db8-963a-46fb000882af>

¹¹⁰ <https://www.jomhornews.com/> Mehr als 20 Terrorgruppen in Afghanistan <https://www.jomhornews.com/fa/news/113680/>

<https://www.dw.com/de/> 29.07.2023: UN: Al-Kaida unterwandert Taliban-Strukturen in Afghanistan <https://www.dw.com/de/un-al-kaida-unterwandert-taliban-strukturen-in-afghanistan/a-66382443>

¹¹¹ <https://www.sueddeutsche.de/politik/> 02.08.2022: USA töten Al-Qaida-Chef Aiman al-Zawahiri <https://www.sueddeutsche.de/politik/usa-al-qaida-biden-zawahiri-1.5632032>

US-Präsenz ein oder zwei Terrorgruppen in Afghanistan befanden, während aktuell mehr als 20 Terrorgruppen im Land aktiv sind.¹¹²

Gemäß dem jüngsten Bericht (30.07.2025) der US-amerikanischen Behörde für den Wiederaufbau in Afghanistan (SIGAR) sind in dem Land weiterhin Terrorgruppen aktiv. In Bezugnahme auf die pakistanische Taliban-Bewegung sowie die Terrororganisation Al-Kaida ist festzustellen, dass seitens der Taliban eine gewisse Toleranz besteht.¹¹³

Gemäß dem Sigar-Bericht verfügt (ISIS-K) über Stützpunkte in den Provinzen Badachschan, Nuristan und Kunar. Die Gruppe und ihre Verbündeten zeichnen sich durch eine hohe Resilienz und Adaptionfähigkeit im Kontext der Terrorismusbekämpfung aus. Der vorliegende Bericht legt nahe, dass die pakistanische Tehreek-e-Taliban (TTP) von den afghanischen Taliban Unterstützung erfährt. Die TTP verfügt in Afghanistan über eine Anzahl von rund 6.500 Kämpfern, die vor allem im Osten des Landes aktiv sind.¹¹⁴

Die Argumentation des US-Sonderinspektors fußt auf dem Bericht des UN-Sanktionsüberwachungsteams, in dem der (ISIS-K) als die "größte transregionale terroristische Bedrohung" in Afghanistan bezeichnet wird. Sigar klassifiziert den sogenannten (ISIS-K) als signifikante Gefährdung für ethnisch-religiöse Minderheiten, UN-Mitarbeiter, ausländische Staatsangehörige sowie Diplomaten in Afghanistan.¹¹⁵

In Bezug auf die Sicherheitslage des Landes lässt sich feststellen, dass Afghanistan unter der Herrschaft der Taliban seit vier Jahren einem besorgniserregenden Zustand ausgesetzt ist.

¹¹² <https://www.darivoo.com/>, 18.11.2024 China: Mehr als 20 Terrorgruppen operieren in Afghanistan <https://www.darivoo.com/a/chinese-envoy-says-over-20-terrorist-groups-active-in-afghanistan/7867672.html>

¹¹³ <https://www.sigar.mil/Portals/>, 30.07.2025: QUARTERLY REPORT TO THE UNITED STATES CONGRESS <https://www.sigar.mil/Portals/147/Files/Reports/Quarterly-Reports/2025-07-30qr.pdf>

¹¹⁴ Siehe FN 125

¹¹⁵ Siehe FN 125

